

Das rechtsradikale Milieu, das sich nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland etablierte, ist uns in seinen Vorstellungen und seinem Lebensgefühl ziemlich fremd geworden. Die Erforschung seiner heterogenen Ideologien hat diese Distanz eher noch verstärkt. Unbeantwortet aber bleibt damit die Frage, warum ausgerechnet diese weltanschaulichen Entwürfe so viele Anhänger finden und sich letzten Endes durchsetzen konnten. Eine der überzeugendsten Antworten auf diese Frage bietet noch immer der biographische Ansatz. Das wilde, unkonventionelle und in mancherlei Hinsicht extreme Leben des Hans Ramshorn scheint geradezu prädestiniert dazu. Es lässt sich immer auch als Schnittpunkt verstehen, in dem sich viele überindividuelle Zeittendenzen – politische und militärische, ideologische und gesellschaftliche – überkreuzten und bündelten.

Daniel Schmidt

## Der SA-Führer Hans Ramshorn

Ein Leben zwischen Gewalt und Gemeinschaft (1892–1934)

In der Nacht zum 1. Juli 1934 endete in einem schlesischen Wäldchen das Leben des Polizeipräsidenten von Gleiwitz, SA-Brigadeführer Hans Ramshorn. Er hatte schon viele Farben getragen, bevor er im Braunhemd der SA starb – als Kind die blaue Uniform eines Kadetten, es folgten das Friedens-Blau des preußischen Infanterieleutnants, der feldgraue Rock des Front- und Freikorpsoffiziers, das Jägergrün der Sicherheitspolizei und das Grau der Schwarzen Reichswehr. Ramshorn führte nicht nur ein Leben in Uniform, sondern auch eines der Gewalt – zunächst an den Fronten von Welt- und Bürgerkrieg, dann als völkischer Aktivist, zuletzt als Führer der oberschlesischen SA. Diese fast schon paradigmatische Karriere eines „soldatischen Mannes“<sup>1</sup> sowohl in ihrer Individualität als auch in ihrer Beispielhaftigkeit zu rekonstruieren, ist das Anliegen dieses Beitrags. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage nach den Faktoren, die diesen Condottiere aus der geradlinigen Bahn der traditionellen preußischen Offizierskarriere warfen und auf die gewundene, vielfach gebrochene Spur des völkischen Paramilitärs brachten. Eine eindeutige Antwort ist nur schwer möglich; vielmehr ergibt sich das Bild eines widersprüchlichen Lebens, dessen Leitmotive sich jeder nachträglichen Harmonisierung entziehen: traditionelles Soldatentum und antibürgerlicher Habitus, Sehnsucht nach Gemeinschaft und nihilistische Gewalt, politische Naivität und radikaler Aktivismus.

<sup>1</sup> Klaus Theweleit, Männerphantasien, Bd. 1: Frauen, Fluten, Körper, Geschichte, Frankfurt a. M. 1977, S. 32. Gerwarth hat diesen Begriff zuletzt treffend präzisiert. In seiner instruktiven Analyse der transnationalen Dimensionen paramilitärischer Gewalt nach dem Ersten Weltkrieg spricht er von „a new type of warrior, born out of Central Europe’s `culture of defeat’ and unrestrained by conventional military discipline and moral reservations“. Robert Gerwarth, The Central European Counter-Revolution: Paramilitary Violence in Germany, Austria and Hungary after the Great War, in: Past and Present 200 (2008), S. 179.

Grundlage dieser Darstellung bilden zum einen bislang unbekannte Aktenbestände, aber auch Ergebnisse einschlägiger Studien zu einzelnen Etappen seines Lebens<sup>2</sup>. Die Schwerpunkte dieser ersten biographischen Skizze liegen auf jenen Lebensphasen, für die eine ausgewogene Kombination aus Forschungssynthese und der Interpretation neuer Quellen möglich war. Dementsprechend ist die Struktur des Beitrags durch den Kontrast von Licht und Schatten gekennzeichnet: Während einige Lebensabschnitte in einer verdichteten Analyse hell ausgeleuchtet werden können, verlieren sich andere in der Dunkelheit der Quellenlosigkeit.

### Vom preußischen Leutnant zum Frontoffizier

Als Sohn eines höheren Zollbeamten und Enkel eines preußischen Hauptmanns wurde Hans Erich Alexander Ramshorn am 17. März 1892 im schlesischen Mittelwalde geboren<sup>3</sup>. Bereits als Zehnjähriger trat er 1902 in die Kadettenvoranstalt Wahlstatt bei Liegnitz ein, um Offizier zu werden – den „erwünschten Kreisen“ des preußischen Bürgertums zugehörig, verfügte er zweifellos über die sozialen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Karriere<sup>4</sup>. Der Alltag der Kinder und Jugendlichen in der Kadettenanstalt, in der sie das militärische Normensystem Preußen-Deutschlands vollkommen verinnerlichen sollten, war entbehrungsreich. Dennoch konnte sich der junge Ramshorn in dieser „totalen Institution“, in der Härte als Tugend galt, behaupten: Sowohl im Vorkorps als auch an der Hauptkadettenanstalt in Berlin-Lichterfelde hielt er den physischen und psychischen

<sup>2</sup> Vgl. Richard Bessel, *Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925–1934*, New Haven u. a. 1984; Christian Knatz, „Ein Heer im grünen Rock“? Der Mitteldeutsche Aufstand 1921, die preußische Schutzpolizei und die Frage der inneren Sicherheit in der Weimarer Republik, Berlin 2000; Bernhard Sauer, *Schwarze Reichswehr und Fememorde. Eine Milieustudie zum Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik*, Berlin 2004. Zu Ramshorn liegen bislang nur stichpunktartige Biogramme vor, die zudem teilweise fehlerhaft sind; vgl. Reichstagshandbuch, 7. Wahlperiode 1932, Berlin 1932, S. 368; Reichstagshandbuch, 9. Wahlperiode 1933, Berlin 1933, S. 281; Robert G. L. Waite, *Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in Postwar Germany 1918–1923*, Cambridge/MA. 1952, S. 292; Martin Schumacher (Hrsg.), *MdR. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945. Eine biographische Dokumentation*, Düsseldorf 31994, Nr. 1190; Joachim Lilla (Bearb.), *Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933–1945. Ein biographisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924*, Düsseldorf 2004, Nr. 843.

<sup>3</sup> Angaben zur Person nach Geheimes Staatsarchiv – Preußischer Kulturbesitz Berlin (künftig: GSTA PK), I. HA Rep. 77, Personalakten (PA) Nr. 2097, und Landesarchiv Niedersachsen – Staatsarchiv Osnabrück (künftig: STAO), Rep. 430, Dez. 201 Akz. 11/57 II Nr. 219.

<sup>4</sup> Vgl. Detlef Bald, *Der deutsche Offizier. Sozial- und Bildungsgeschichte des deutschen Offizierskorps im 20. Jahrhundert*, München 1982, S. 38 f.; Heiger Ostertag, *Bildung, Ausbildung und Erziehung des Offizierskorps im deutschen Kaiserreich 1871 bis 1918. Eliteideal, Anspruch und Wirklichkeit*, Frankfurt a. M. u. a. 1990, S. 40 f.; Johannes Hürter, *Hitlers Heerführer. Die deutschen Oberbefehlshaber im Krieg gegen die Sowjetunion 1941/42*, München 2006, S. 27 ff.

Belastungen stand<sup>5</sup>. Seine überdurchschnittlichen Leistungen qualifizierten ihn schließlich für die Selektta und ebneten ihm im Frühjahr 1910 den Weg zum Leutnantspatent im Infanterieregiment von Borcke Nr. 21. Dieses Regiment verfügte zwar über eine lange Tradition, besaß jedoch mit der Festung Thorn einen wenig attraktiven Standort<sup>6</sup>. Kompensation fanden die Offiziere darin, dass sie ihr Regiment zur „Wacht im Osten“ stilisierten, die das Reich sowohl vor der äußeren Bedrohung durch das Zarenreich als auch vor den als innere Feinde apostrophierten Polen schützte, die im Umland von Thorn die Bevölkerungsmehrheit stellten. Solche Feindbilder ergänzten und verfestigten das elitäre Selbstbewusstsein der jungen Offiziere, die bereits in ihrer Kadettenzeit den gesellschaftlichen Führungsanspruch des wilhelminischen Offizierskorps verinnerlicht hatten<sup>7</sup>. Jenseits solcher Projektionen war der Offiziersalltag jedoch vor allem durch die Routine des Kasernenbetriebs geprägt und hielt – insbesondere in peripheren Garnisonen wie Thorn – kaum gesellschaftliche Abwechslungen bereit. Zum Ersatz wurde das Kasino – vor allem für die unverheirateten Subalternoffiziere<sup>8</sup>. Die Grundlage für Ramshorns Hang zu Alkohol und Glücksspiel dürfte in seinen Thorner Jahren gelegt worden sein. Im Sommer 1914 jedoch endete die eintönige Friedensroutine schlagartig. An ihre Stelle trat die hektische Betriebsamkeit des sehnsüchtig erwarteten Kriegsbeginns.

Schon nach wenigen Tagen wurde es für den Zugführer Ramshorn ernst. Am 20. August 1914, während der Schlacht bei Gumbinnen verlor sein Regiment in der ostpreußischen Heide in kürzester Zeit nahezu ein Viertel seiner Soldaten. Unter den Verwundeten befand sich auch Ramshorn, den eine Kugel in die Schulter getroffen hatte<sup>9</sup>. Die jungen Soldaten sahen sich unvermittelt mit einem Blutbad konfrontiert, wie man es in der langen Geschichte des Krieges noch nie erlebt hatte. Insbesondere die Verluste des Offizierskorps waren überproportional hoch – so auch im Infanterieregiment Nr. 21, dem schon bald nur noch wenige aktive Offiziere zur Verfügung standen<sup>10</sup>. Die Karrieren der Überlebenden beschleunigten sich.

<sup>5</sup> Vgl. Ostertag, *Bildung, Ausbildung und Erziehung*, S. 101–136; Ulrich Bröckling, *Disziplin Soziologie und Geschichte militärischer Gehorsamsproduktion*, München 1997, S. 23 ff.; Hürter, *Hitlers Heerführer*, S. 42 f.

<sup>6</sup> Vgl. Ernst Hall u. a., *Das Königlich Preußische Infanterie-Regiment von Borcke (4. Pomm.) Nr. 21 im Weltkriege 1914–1918*, Zeulenroda 1930, S. 3–32; zur Hierarchie der Regimenter in der wilhelminischen Armee vgl. Ostertag, *Bildung, Ausbildung und Erziehung*, S. 48 f.; Hürter, *Hitlers Heerführer*, S. 46 f.; zum Standort Thorn vgl. Manfred Nebelin, *Ludendorff. Diktator im Ersten Weltkrieg*, München 2010, S. 58: Ludendorff war zwischen 1898 und 1900 als Kompaniechef im Infanterieregiment 61 in Thorn stationiert. Die Stadt an der Weichsel schien ihm peripher, „schmucklos“ und von „einem gewissen polnischen Gepräge“.

<sup>7</sup> Vgl. Hall, *von Borcke*, S. 5 f.; Wilhelm Deist, *Zur Geschichte des preußischen Offizierskorps 1888–1918*, in: Hanns Hubert Hofmann (Hrsg.), *Das deutsche Offizierskorps 1860–1960*, Boppard 1980, S. 39–57.

<sup>8</sup> Vgl. Ostertag, *Bildung, Ausbildung und Erziehung*, S. 58 ff.; Hürter, *Hitlers Heerführer*, S. 51 f.

<sup>9</sup> Vgl. Hall, *von Borcke*, S. 65 ff.; Norman Stone, *The Eastern Front 1914–1917*, London u. a. 1975, S. 60 f.

<sup>10</sup> Vgl. Hall, *von Borcke*, S. 165 f.; Karl Demeter, *Das deutsche Offizierskorps in Gesellschaft und Staat 1650–1945*, Frankfurt a. M. 1962, S. 47; Benjamin Ziemann, *Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914–1923*, Essen 1997, S. 140.

nigten sich: So erhielt Ramshorn ungeachtet seiner Jugend unmittelbar nach seiner Genesung im Oktober 1914 das Kommando über eine Kompanie, kaum ein Jahr später wurde er zum Oberleutnant befördert<sup>11</sup>. Er blieb an der Ostfront. Die dortigen Kämpfe unterschieden sich in dieser Zeit zwar in ihrer Form von denen in Frankreich und Belgien, in ihrer Härte jedoch kaum: Im ersten Kriegsjahr verzeichnete das deutsche Heer im Osten größere Verluste als im Westen<sup>12</sup>. Auch im Sommer 1916 kam es in Galizien während der russischen Offensiven zu schwersten Kämpfen, die angesichts der gleichzeitigen Materialschlachten an der Westfront zu Unrecht in Vergessenheit gerieten: So verlor das Infanterieregiment Nr. 21 allein am 7. August 1916 rund 1.000 Mann und konnte sich nur knapp der vollständigen Vernichtung entziehen<sup>13</sup>. Einen Monat später jedoch wurde Ramshorns Kompanie von eben diesem Schicksal ereilt: Am 5. September wurde die Einheit abgeschnitten und zerschlagen, gemeinsam mit den Überlebenden geriet Ramshorn in russische Kriegsgefangenschaft<sup>14</sup>.

Über Ramshorns anderthalbjährige Gefangenschaft wissen wir nur Indirektes. Sicher ist, dass diese Zeit psychisch und physisch enorm belastend war<sup>15</sup>. Die Erfahrung der sibirischen Lager, so stellte ein späterer Vorgesetzter fest, prägte Ramshorns Persönlichkeit nachhaltig<sup>16</sup>. Als sich im revolutionären Chaos des Winters 1917/1918 die Gelegenheit zur Flucht ergab, griff Ramshorn sofort zu: Am 24. Mai 1918 traf er in Riga ein und meldete sich bei den deutschen Militärbehörden<sup>17</sup>. Wie andere Heimkehrer aus dem Osten wurde er freilich erst einmal in Quarantäne genommen; begründet wurde dies mit der Eindämmung ansteckender Krankheiten. Zu den „Seuchen“ zählte das Preußische Kriegsministerium auch explizit politische Unzuverlässigkeit:

„Durch geeigneten Lesestoff, durch Unterricht in Wort und Bild ist das vaterländische Gefühl zu heben und den durch die Vorgänge in Rußland etwa geweckten revolutionären Ideen in geeigneter Weise entgegen zu wirken. Politisch unzuver-

<sup>11</sup> Vgl. Hall, von Borcke, S. 158; GSTA PK, I. HA Rep. 77, PA Nr. 2097, Auszug aus der Kriegsrangliste.

<sup>12</sup> Vgl. Ziemann, *Front und Heimat*, S. 98f.; zu den spezifischen Erfahrungen der Ostfront vgl. Vejas Gabriel Liulevicius, *Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg*, Hamburg 2002, S. 13ff.; Hans-Erich Volkmann, *Der Ostkrieg 1914/15 als Erlebnis- und Erfahrungswelt des deutschen Militärs*, in: Gerhard P. Groß (Hrsg.), *Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung*, Paderborn u. a. 2006, S. 272f.

<sup>13</sup> Vgl. Hall, von Borcke, S. 355; Stone, *Eastern Front*, S. 248–263.

<sup>14</sup> Vgl. Hall, von Borcke, S. 370f.

<sup>15</sup> Vgl. Georg Wurzer, *Die Erfahrung der Extreme. Kriegsgefangene in Rußland 1914–1918*, in: Jochen Oltmer (Hrsg.), *Kriegsgefangene im Europa des Ersten Weltkriegs*, Paderborn u. a. 2006, S. 97–125; Rainer Pöppinghege, *Im Lager unbesiegt. Deutsche, englische und französische Kriegsgefangenen-Zeitungen im Ersten Weltkrieg*, Essen 2006, S. 143–165.

<sup>16</sup> STAO, Rep. 430, Dez. 201 Akz. 11/57 I Nr. 34, Bd. 1, Kommandeur der Schutzpolizei (KdS) Osnabrück an Regierungspräsidium Osnabrück, 18. 8. 1922.

<sup>17</sup> GSTA PK, I. HA Rep. 77, PA Nr. 2097, Nachweisung der Versorgungsbezüge, 31. I. 1923, sowie Lebenslauf, o.D. (ca. 1933).

lässig befundene Personen bedürfen einer besonders scharfen Beaufsichtigung. Es sind Vorkehrungen zu treffen, daß durch derartige Elemente keine Verhetzung und Aufreizung anderer Personen erfolgt.“<sup>18</sup>

Seine Quarantäne dürfte in Ramshorn die Überzeugung genährt haben, der Bolschewismus sei eine ansteckende, potentiell tödliche Krankheit, die es auszumerzen galt. Zurück an der Front, übernahm er am 20. August 1918 wieder die Führung einer Kompanie im Infanterieregiment Nr. 21, das inzwischen im Westen lag. Damit fand er sich inmitten erbitterter und verlustreicher Rückzugskämpfe wieder, bei denen wenige Wochen zuvor auch sein jüngster Bruder gefallen war<sup>19</sup>. Am Morgen des 30. August 1918 geriet seine Kompanie in heftigen Artilleriebeschuss, ein Granatsplitter traf Ramshorn am Oberarm<sup>20</sup>. Diese zweite Verwundung bedeutete für ihn das Ende seines Kriegseinsatzes – in einem Lazarett in Kolberg erfuhr er zweieinhalb Monate später vom Waffenstillstand.

Wie deutete Ramshorn sein individuelles Kriegserlebnis und welche Konsequenzen zog er daraus? Anhaltspunkte finden sich in seinen kurzen Beiträgen zur Geschichte seines Regiments im Weltkrieg, in denen sich Ramshorn einerseits als begeisterten Soldaten schilderte, der „in langen Sprüngen den Russen entgegen“<sup>21</sup> eilte, andererseits als professionellen, betont nüchtern agierenden militärischen Führer, der auch in der Lage war, den Moment der Gefangennahme mit großer Sachlichkeit zu schildern – wenn auch mit dem klaren Bemühen, seine Unschuld zu betonen, um seine Offiziersehre vom Stigma der Kriegsgefangenschaft zu befreien<sup>22</sup>. Innerhalb des Bündels an Motiven, die ihn zu seinem intensiven paramilitärischen Engagement in der Nachkriegszeit veranlassten, war wohl auch der Wunsch spürbar, die als Schande empfundene Gefangenschaft zu kompensieren.

Doch ging es hier nicht nur um Selbstzuschreibungen. Auch seine Vorgesetzten bestätigten Ramshorn, er sei Soldat „mit Leib und Seele“<sup>23</sup>, der „als Führer seltenen Einfluss auf seine Leute [besitze], die ihm blindlings vertrauen und für ihn durchs Feuer gehen“<sup>24</sup>. Das war keineswegs nur leere Rhetorik – Ramshorns Charisma manifestierte sich auch in einer bemerkenswerten Treue der ihm untergebenen Soldaten, die den Weg dieses archetypischen Frontoffiziers<sup>25</sup> von der Alten Armee über die Freikorps und Polizei bis hin zur Schwarzen Reichswehr be-

<sup>18</sup> Erlaß des [Preußischen] Kriegsministeriums, 19.3.1918, in: Inge Pardon/Waleri W. Shurawljos (Hrsg.), Lager, Front oder Heimat. Deutsche Kriegsgefangene in Sowjetrußland 1917–1920, Bd. 1: Dokumente 1917 bis 1919, München u. a. 1994, Dok. 59, S. 58 f.

<sup>19</sup> Vgl. Hall, von Borcke, S. 523.

<sup>20</sup> Vgl. ebenda, S. 544.

<sup>21</sup> Ebenda, S. 66.

<sup>22</sup> Vgl. ebenda, S. 370 f., sowie Pöppinghege, Im Lager unbesiegt, S. 86.

<sup>23</sup> STAO, Rep. 430, Dez. 201 Akz. 11/57 II Nr. 219, Dienstleistungszeugnis des Marineregiments 6, 8. 6. 1920.

<sup>24</sup> Ebenda, Dienstleistungszeugnis des Infanterieregiments 21, 13. 7. 1919.

<sup>25</sup> Vgl. Hagen Schulze, Freikorps und Republik 1918–1920, Boppard 1969, S. 220 f.; Deist, Zur Geschichte des preußischen Offizierskorps 1888–1918, in: Hofmann (Hrsg.), Das deutsche Offizierskorps 1860–1960, S. 55 f.

gleiteten. Während Krieg und Gefangenschaft eignete sich Ramshorn allerdings Lebensgewohnheiten an, die mit dem Bild des Offiziers aus der Vorkriegszeit nicht mehr kompatibel waren. Dies galt auch für seine mentalen Orientierungen: Der Krieg lehrte ihn nicht nur Fürsorge für die eigenen Männer, sondern auch unbedingten Hass gegen ein ganzes Ensemble von äußeren und inneren Feinden. Insbesondere den Franzosen, die er für den „Schandvertrag“ von Versailles verantwortlich machte, blieb Ramshorn in tiefer Abneigung verbunden<sup>26</sup>. Zudem hatte er die im deutschen Ostheer verbreiteten Ressentiments gegenüber den slawischen Völkern verinnerlicht. Stereotype Assoziationen, wie sie sich auch in der Regimentsgeschichte der „21er“ finden – Schlamm, Schmutz, Gestank und Ungeziefer –, hatten sich vor dem Hintergrund der Kriegspropaganda zu einer Vorstellung einer kulturellen und rassistischen Überlegenheit des deutschen Volkes gegenüber der „slawischen Barbarei“ verdichtet<sup>27</sup>. Das Motto seines Regiments, Deutschlands „Wacht im Osten“ zu sein, erhielt für ihn also neben der traditionellen militärischen nun auch eine neue, völkisch-kulturelle Bedeutung. Nach Ramshorns Verständnis waren jedoch weder Franzosen noch Polen oder Russen für die deutsche Niederlage verantwortlich, sondern die „Novemberebrecher“. Wen er genau zu diesen inneren Feinden zählte, jenen „volksfremden Elementen“<sup>28</sup>, die mit der Revolution das auch für ihn traumatische Kriegsende verursacht hatten, darüber hatte Ramshorn zu diesem Zeitpunkt noch eher diffuse Vorstellungen. Er zweifelte jedoch nicht, dass er die Verantwortlichen unter denjenigen zu suchen hatte, gegen die Angehörige seines Standes bereits vor dem Krieg deutliche Ressentiments gehegt hatten, also unter den inzwischen zu „Bolschewisten“ gewendeten Sozialisten wie auch unter den Juden<sup>29</sup>. Vor diesem Hintergrund betrachtete der Frontoffizier Ramshorn den Krieg mit dem Waffenstillstand keineswegs als beendet – vielmehr sah er die Notwendigkeit, den Kampf fortzusetzen<sup>30</sup>.

<sup>26</sup> STAO, Rep. 430, Dez. 201 Akz. 11/57 II Nr. 219, Hans Ramshorn, Der Hundertschaftsführer und seine Hundertschaft in ruhiger Zeit und im Kampf, 15. 2. 1921. Dort u. a. Gleichsetzung von „Schandvertrag“ und „Kriegserklärung“; Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt, Abt. Merseburg (künftig: LHASA, MER), C 48 I e, Nr. 1066, Bericht des Regierungsrats Dr. Masur, 22. 3. 1924.

<sup>27</sup> Vgl. Hall, von Borcke, S. 114. Zu diesen Stereotypen vgl. u. a. Liulevicius, *Kriegsland im Osten*, S. 39.

<sup>28</sup> Diesen Begriff benutzte er Anfang 1921, um die Verantwortlichen für die „heillose Verwirrung“ der Revolution zu kennzeichnen. STAO, Rep. 430, Dez. 201 Akz. 11/57 II Nr. 219, Hans Ramshorn, Der Hundertschaftsführer und seine Hundertschaft in ruhiger Zeit und im Kampf, 15. 2. 1921.

<sup>29</sup> Ebenda, Aussage Hans Ramshorn vom 23. 5. 1921; LHASA, MER, C 48 I e, Nr. 1066, Bericht des Regierungsrats Dr. Masur, 22. 3. 1924. Vgl. dazu Helmut Berding, *Moderner Antisemitismus in Deutschland*, Frankfurt a. M. 1988, S. 161 ff.; Boris Barth, *Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933*, Düsseldorf 2003, S. 251; Gerwarth, *Central European Counter-Revolution*, S. 198.

<sup>30</sup> Vgl. Patrick Krassnitzer, *Die Geburt des Nationalsozialismus im Schützengraben. Formen der Brutalisierung in den Autobiographien von nationalsozialistischen Frontsoldaten*, in: Jost Dülffer/Gerd Krumeich (Hrsg.), *Der verlorene Frieden. Politik und Kriegskultur nach 1918*, Essen 2002, S. 129 ff.

## Der Freikorpskämpfer

Nach seinem zweiten Lazarettaufenthalt meldete sich Ramshorn wieder bei seinem Regiment, das inzwischen in Hessen Quartier machte. Ob eine Rückkehr nach Thorn möglich sein würde, war zunächst unklar: Die polnische Bevölkerung der preußischen Ostprovinzen drängte in den entstehenden polnischen Staat, vor allem in Posen und Westpreußen entstanden autonome polnische Verwaltungen. Die deutsche Seite hatte auf diese Entwicklung zunächst zurückhaltend reagiert, im Dezember allerdings wurden aus den heimkehrenden deutschen Truppen Freiwilligenformationen gebildet, um die Ostgrenze zu behaupten. Auch das Infanterieregiment Nr. 21 stellte ein Detachement zusammen, das sich nach Osten in Marsch setzte und kurz vor Weihnachten in Thorn eintraf<sup>31</sup>. Die Stadt war in Aufruhr:

„Wilde Gestalten mit offenen Mänteln, den Karabiner mit der Mündung nach unten, mit roten Armbinden und Kokarden an der Mütze, durchstreiften die Stadt und gaben an, für Ruhe und Ordnung zu sorgen.“<sup>32</sup>

Nahezu umgehend entbrannten ebenso unübersichtliche wie erbitterte Kämpfe, in denen sich die deutschen „Grenzschutz“-Einheiten durchsetzen konnten. Ambitionierte Pläne der Heeresleitung, in einer großangelegten Offensive die Grenze von 1914 wiederherzustellen, scheiterten im Frühjahr 1919 jedoch am Veto der Reichsregierung, die im Gegensatz zur militärischen Führung zu Recht eine Reaktion der Ententemächte fürchtete. Die außenpolitischen Realitäten ausblendend, fühlten sich die Grenzschutzformationen von Berlin um einen sicher geglaubten Sieg betrogen<sup>33</sup>.

Während der Krieg im Osten weiter schwelte, entwickelte sich Ramshorn als Führer einer Maschinengewehrkompanie, also einer Eliteformation, vom Frontzum Freikorpskämpfer<sup>34</sup>. Junge Frontoffiziere wie er, denen in den Freikorps eine Schlüsselrolle zukam, stellten sich der jungen Republik nicht aus Überzeugung zur Verfügung. Vielmehr suchten sie eine Gelegenheit, die mythisch überhöhte Lebensweise der „Frontgemeinschaft“ fortzusetzen, deren Anziehungskraft auch in der Kombination von männlich-soldatischer Bewährung mit herausfordernder

<sup>31</sup> Vgl. Hall, von Borcke, S. 590 ff.; zum Grenzschutz Ost vgl. Schulze, Freikorps und Republik, S. 102–112; Jun Nakata, Der Grenz- und Landesschutz in der Weimarer Republik 1918–1933. Die geheime Aufrüstung und die deutsche Gesellschaft, Freiburg i. Br. 2002, S. 42–50; Barth, Dolchstoßlegenden, S. 233 ff.; Rüdiger Bergien, Staat im Staate? Zur Kooperation von Reichswehr und Republik in der Frage des Grenz- und Landesschutzes, in: VfZ 56 (2008), S. 646 f.

<sup>32</sup> Hall, von Borcke, S. 592.

<sup>33</sup> Vgl. Waite, Vanguard of Nazism, S. 96 f.; Schulze, Freikorps und Republik, S. 108 f.; Barth, Dolchstoßlegenden, S. 236 f.

<sup>34</sup> Zu den Freikorps vgl. Waite, Vanguard of Nazism, S. 45 ff.; Schulze, Freikorps und Republik, S. 22–69; Ziemann, Front und Heimat, S. 398 ff.; Barth, Dolchstoßlegenden, S. 229 ff.; Matthias Sprenger, Landsknechte auf dem Weg ins Dritte Reich? Zu Genese und Wandel des Freikorps-Mythos, Paderborn u. a. 2008, S. 49 ff.

Todesnähe und sicherer Geborgenheit unter gleichgesinnten Kameraden bestand. Zum anderen boten die Freikorps die Möglichkeit, gegen die von ihnen als Todfeinde identifizierten Gruppierungen, insbesondere die „Bolschewisten“, zu kämpfen<sup>35</sup>. Ihre Loyalität schien nur so lange als halbwegs sicher, wie sich die Interessen der Freikorpsoldaten und der Regierung zumindest partiell überschneiden. Dieses fragile Bündnis zerbrach spätestens im Sommer 1919 mit der Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrags – für die Freikorps der reine Verrat<sup>36</sup>. Deren Hoffnungen konzentrierten sich nun auf das Baltikum. Dort hatten sich deutsche Freiwilligenformationen im August 1919 offen gegen den Befehl der Reichsregierung aufgelehnt, das Baltikum ultimativ zu räumen. Stattdessen wollten deren Führer im Verband mit der zaristischen West-Armee versuchen, ihre diffusen Pläne eines unabhängigen Baltenstaats als Bollwerk eines unbesiegtens Deutschland zu realisieren<sup>37</sup>. Im Spätsommer 1919 nahmen führende Vertreter der Baltikum-Freikorps Verbindungen zu den westpreußischen Grenzschutztruppen auf, um vorzufühlen, wie weit mit deren Unterstützung für ihre Pläne zu rechnen sei<sup>38</sup>. Als sich im Oktober eine Offensive der abtrünnigen Truppen auf Riga nach kurzer Zeit festlief, wurden diese Kontakte aktiviert. Mitte des Monats meldete das für Westpreußen zuständige Armeekorps, dass die

„Möglichkeit eines eigenmächtigen Abmarschs einzelner Truppenteile nach dem Baltikum [besteht]. [...] Der Grund für solche Absichten war in der bevorstehenden Abminderung des Reichsheeres, den Befürchtungen wegen drohender Arbeitslosigkeit und der Empörung über den Friedensvertrag zu suchen.“<sup>39</sup>

Einer daraufhin drohenden Verlegung kamen die als unzuverlässig eingestuft Einheiten zuvor: Am 20. Oktober marschierte das Sturm-Bataillon des Leutnants Gerhard Roßbach aus Culmsee nach Osten ab, Teile des Freiwilligen-Infanterieregiments 21 aus dem benachbarten Thorn, insgesamt 120 Mann und sechs Offiziere, unter ihnen Oberleutnant Ramshorn, folgten<sup>40</sup>. Obwohl diese Truppe offen gemeutert hatte, konnte sie unbehelligt die deutsche Grenze überschreiten.

<sup>35</sup> Vgl. Krassnitzer, Geburt des Nationalsozialismus im Schützengraben, in: Dülffer/Krumeich (Hrsg.), Der verlorene Frieden, S. 145; Gerwarth, Central European Counter-Revolution, S. 193.

<sup>36</sup> Vgl. Schulze, Freikorps und Republik, S. 111; Barth, Dolchstoßlegenden, S. 252f.; GSTA PK, I. HA Rep. 77, PA Nr. 2097, Lebenslauf o. D. (ca. 1933), sowie Lebenslauf v. 22. 3. 1933.

<sup>37</sup> Vgl. Schulze, Freikorps und Republik, S. 154–186; Bernhard Sauer, Vom „Mythos eines ewigen Soldatentums“. Der Feldzug deutscher Freikorps im Baltikum im Jahre 1919, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 43 (1995), S. 886 ff.; Liulevicius, Kriegsland im Osten, S. 284 ff.

<sup>38</sup> Vgl. Emil J. Gumbel, „Verräter verfallen der Feme“. Opfer – Mörder – Richter 1919–1929, Berlin 1929, S. 132 f.; Gerhard Roßbach, Mein Weg durch die Zeit. Erinnerungen und Bekennnisse, Weilburg/Lahn 1950, S. 53 ff.; Bernhard Sauer, Gerhard Roßbach – Hitlers Vertreter für Berlin. Zur Frühgeschichte des Rechtsradikalismus in der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 50 (2002), S. 5–21.

<sup>39</sup> Kriegsgeschichtliche Forschungsanstalt des Heeres (Hrsg.), Die Kämpfe im Baltikum nach der zweiten Einnahme von Riga. Juni bis Dezember 1919, Berlin 1938, S. 109.

<sup>40</sup> Vgl. ebenda, S. 109 f.; Schulze, Freikorps und Republik, S. 190; Sauer, Roßbach, S. 6 f.



Am 11. November erreichte sie die Front vor Riga und entsetzte die inzwischen schwer bedrängten „Baltikumer“. Zwar legte Roßbach damit die Grundlage seines eigenen Mythos – der Marsch seiner Abteilung wurde zu einem der integralen Elemente der Baltikum-Erzählung<sup>41</sup> –, die aussichtslose Lage konnte er aber nicht ändern: Auf dem unvermeidlichen Rückzug überzogen die deutschen Freikorps das Land mit Brandschatzung, Plünderung, Vergewaltigung und Massenmord. Ramshorns etwa siebenwöchiger Aufenthalt im Baltikum fällt also in eine Zeit, als der von allen Seiten mit enormer Brutalität ausgefochtene Bürgerkrieg in eine einzige Vernichtungssorgie mündete<sup>42</sup>. Seine Identität als Front- und Freikorpsoffizier verschmolz nun mit der des „Baltikumers“, für den sein entgrenztes und exzessives Soldatentum ebenso kennzeichnend war wie die Überzeugung, im existenziellen Kampf gegen den östlichen „Bolschewismus“ und somit auch gegen das untrennbar damit assoziierte Judentum von der eigenen Regierung verraten und um Sieg und Siedlung betrogen worden zu sein. Zum Trauma der Niederlage von 1918 trat der Eindruck, Opfer weiterer „Dolchstöße“ geworden zu sein<sup>43</sup>. Daher betrachteten die Angehörigen der Grenzschutzformationen und Baltikum-Freikorps die Republik nun als „ganz konkreten Feind“<sup>44</sup>, den es ebenfalls zu vernichten galt. Die Erfahrungen des Jahres 1919 hatten für Ramshorn nicht nur mentale, sondern auch praktische Konsequenzen: Zum einen war er überzeugt, dass militärisches Handeln in Bürgerkriegen kompromisslose Härte erforderte. Zum anderen schlug er tiefe Wurzeln in der sich neu formierenden „arcane and complex right-wing military and paramilitary subculture“<sup>45</sup>.

Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland drohte den Baltikum-Freikorps die Demobilisierung, der Ramshorn entging, indem er Anfang Januar 1920, begleitet von zahlreichen seiner Soldaten, in die 3. Marinebrigade des Korvettenkapitäns Wilfried von Loewenfeld eintrat, wieder als Kompanie-Führer<sup>46</sup>. Seine Hoffnung, die Offizierskarriere in der sich formierenden Reichswehr fortsetzen zu können, wurde jedoch enttäuscht, denn es zeigte sich bald, dass im neuen Seeckt'schen Kaderheer kaum Platz für Freikorpsoffiziere vorgesehen war. Die Zurückgewiesenen fühlten sich erneut verraten<sup>47</sup>. Daher verbündeten sich verschiedene Frei-

<sup>41</sup> Vgl. Ernst von Salomon (Hrsg.), *Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer*, Berlin 1938, S. 202 ff.; Barth, *Dolchstoßlegenden*, S. 271 f.; Sprenger, *Landsknechte*, S. 164 f.

<sup>42</sup> Vgl. Waite, *Vanguard of Nazism*, S. 130 ff.; Schulze, *Freikorps und Republik*, S. 190–196; Liulevicius, *Kriegsland im Osten*, S. 297 ff.

<sup>43</sup> Vgl. Sauer, *Vom „Mythos eines ewigen Soldatentums“*, S. 893; Liulevicius, *Kriegsland im Osten*, S. 296 f.; Barth, *Dolchstoßlegenden*, S. 267; Volkmann, *Ostkrieg*, in: Groß (Hrsg.), *Die vergessene Front*, S. 281 ff.

<sup>44</sup> Schulze, *Freikorps und Republik*, S. 215.

<sup>45</sup> Bruce B. Campbell, *The SA Generals and the Rise of Nazism*, Lexington/KY. 1998, S. 8.

<sup>46</sup> STAO, Rep. 430, Dez. 201 Akz. 11/57 II Nr. 219, Dienstleistungszeugnis I./Marine-Rgt. 6, III. Marine-Brigade, 8. 6. 1920. Der später zum Freikorps- und NS-Heroen glorifizierte Leutnant Albert Leo Schlagerer, auch ein Baltikum-Veteran, schloss sich zum gleichen Zeitpunkt ebenfalls der 3. Marinebrigade an. Vgl. Stefan Zwicker, „Nationale Märtyrer“. Albert Leo Schlagerer und Julius Fučík. Heldenkult, Propaganda und Erinnerungskultur, Paderborn u. a. 2006, S. 43.

<sup>47</sup> Vgl. Schulze, *Freikorps und Republik*, S. 226 ff.; Hürter, *Hitlers Heerführer*, S. 96 f.

korpseinheiten, insbesondere die Marinebrigaden Ehrhardt und von Loewenfeld, mit Verschwörern aus Verwaltungs- und Reichswehrführung und versuchten, die Macht an sich zu reißen: Im Kapp-Lüttwitz-Putsch ging es nicht nur um den politischen Umsturz, sondern auch um die professionellen Zukunftsperspektiven eines nicht unbeträchtlichen Teils der militärischen Funktionselite<sup>48</sup>.

Während die Brigade Ehrhardt auf Berlin marschierte, rückte die Marinebrigade von Loewenfeld am 13. März 1920 in Breslau ein und setzte den dortigen Oberpräsidenten ab. Angewiesen, „bei entstehenden Streiks oder Unruhen mit rücksichtsloser Schärfe [...] zu verfahren“<sup>49</sup>, benahmen sich die abtrünnigen Truppen „in Breslau auf das Wüteste und Rohste“<sup>50</sup>: Neben willkürlichen Verhaftungen misshandelten und ermordeten sie Verdächtige, feuerten wahllos in Menschenmengen und töteten so mehrere Zivilisten. Dennoch befolgten weite Teile der Bevölkerung den Aufruf zum Generalstreik und zwangen somit das putschende Militär zur Aufgabe<sup>51</sup>. Es folgten jedoch nicht Auflösung und Bestrafung – im Gegenteil. Der Reichsregierung galten nun kampfkraftige Freikorps als unverzichtbar, um die Situation im rheinisch-westfälischen Industriegebiet unter Kontrolle zu bekommen: Dort hatte sich in der zweiten Märzhälfte aus dem Widerstand gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch der größte Aufstand in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung entwickelt<sup>52</sup>. So wurde die Marinebrigade von Loewenfeld nur wenige Tage nachdem sie sich offen gegen die Regierung gestellt hatte, in eben deren Auftrag nach Westen verlegt<sup>53</sup>. Während des Eisenbahntransports machten die Freikorpskämpfer keinen Hehl aus ihrer Gesinnung: Republikfeindliche Parolen und schwarz-weiß-rote Fahnen waren an den Waggons angebracht, während an den Stahlhelmen der Soldaten ein neues Zeichen prangte – das Hakenkreuz<sup>54</sup>.

<sup>48</sup> Zum Kapp-Lüttwitz-Putsch vgl. Johannes Erger, *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20*, Düsseldorf 1967; Schulze, *Freikorps und Republik*, S. 244–304.

<sup>49</sup> Draht-Telegramm der Befehlsstelle VI. Armee-Kommando an alle Gruppen, 13. 3. 1920, in: Erwin Könnemann/Gerhard Schulze (Hrsg.), *Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch. Dokumente*, München 2002, Dok. 108, S. 161. Vgl. auch Erklärung des Breslauer Generals von Schmettow und des Abgeordneten Kessel für Kapp und Lüttwitz, 13. 3. 1920, in: Ebenda, Dok. 501, S. 780f.

<sup>50</sup> Bericht des Generalleutnants a. D. Lequis über Vorgänge in Schlesien, o. D. [Juni 1920], in: Ebenda, Dok. 536, S. 816.

<sup>51</sup> Die sozialdemokratische „Volkswacht“ über die Lage in Breslau, 15. 3. 1920, in: Ebenda, Dok. 514, S. 790–793; Bericht des Vollzugsrats Breslau über die Abwehr des Putsches, 22. 3. 1920, in: Ebenda, Dok. 529, S. 806–809; Erger, *Kapp-Lüttwitz-Pusch*, S. 179f. u. S. 185.

<sup>52</sup> Zu den Ereignissen im Ruhrgebiet vgl. Schulze, *Freikorps und Republik*, S. 304–318; Erhard Lucas, *Märzrevolution 1920*, 3 Bde., Frankfurt a. M. 1970–1978; George Eliasberg, *Der Ruhrkrieg von 1920*, Bad Godesberg 1974.

<sup>53</sup> Vgl. Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte (Hrsg.), *Die Errettung des Ruhrgebiets (1918–1920)*, Berlin 1943, S. 132 u. S. 150f.; Schulze, *Freikorps und Republik*, S. 310.

<sup>54</sup> Vgl. Salomon (Hrsg.), *Freikorpskämpfer*, S. 394; Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte (Hrsg.), *Errettung des Ruhrgebiets*, S. 164; Frank Bajohr, *Verdrängte Jahre. Gladbeck unter'm Hakenkreuz*, Essen 1983, S. 26f.

Die folgenden Kämpfe im Ruhrgebiet wurden mit brutaler Härte geführt. Beide Seiten sahen im jeweiligen Gegenüber die Inkarnation ihrer Feindbilder. Während die Angehörigen der Roten Ruhr-Armee in den Freikorps die Repräsentanten der traditionellen sozialen und militärischen Eliten erkannten, die sie für die katastrophale Erfahrung des Weltkriegs verantwortlich machten, galten den Freikorpsoldaten sowohl die gegnerischen Kämpfer wie die Arbeiter des Ruhrgebiets als Verkörperung des inneren Feindes, der die katastrophale Kriegsniederlage verursacht hatte<sup>55</sup>. Nach dem frustrierenden Erlebnis des gescheiterten Putches brannten die Freikorpsoldaten nun erst recht darauf, ihren Aggressionen freien Lauf zu lassen. Den entschlossenen, gut bewaffneten und wohl organisierten Truppen, die nun von Norden ins Ruhrgebiet vorrückten, hatten die Kämpfer der Roten Ruhr-Armee zunächst nur wenig entgegenzusetzen<sup>56</sup>. In den ersten Apriltagen kam es aber zu schweren Gefechten um Bottrop und Gladbeck, an denen sich auch Ramshorns Kompanie beteiligte. In beiden Städten entbrannten heftige Straßenschlachten, mit beträchtlichen Verlusten auch für die Freikorps<sup>57</sup>. Die Marinebrigadisten töteten ihrerseits nicht nur Kombattanten, sondern auch zahlreiche Zivilisten – durch den massiven Einsatz schwerer Waffen oder durch willkürliche Erschießungen. Gladbeck beispielsweise wurde nach der Einnahme systematisch nach „Roten“ durchkämmt, die nach ihrer Verhaftung zumeist umgehend ermordet wurden. An diesem Schreckensregime hatte auch Ramshorn seinen Anteil.

Nachdem es am 17. April 1920 in Essen zu einem Unfall zwischen einem Heuwagen der Marinebrigade und einer Straßenbahn gekommen war, bei dem ein Freikorpsoldat verletzt worden war, gelangte man in der Führung der Marinebrigade zu der Überzeugung, dass es unter den Essener Straßenbahnern zahlreiche Sympathisanten der Revolution geben müsse, die den Einsatz der Freikorps zu sabotieren versuchten. Ramshorn erhielt den Befehl, den betreffenden Fahrer verhaften zu lassen<sup>58</sup>. Der Obermaschinist Balthasar Fuchs erinnerte sich später:

„Von meinem damaligen Kompanieführer, Oberleutnant Ramshorn, bekam ich am 17. April 1920 den Befehl, eine Zivilperson zu verhaften und mich zu diesem Zweck bei dem Gerichtsoffizier des Regiments, Oberleutnant Müller, zu melden zwecks Entgegennahme weiterer Anweisungen. Müller teilte mit, daß es sich um die Verhaftung eines Straßenbahners handelte, einen Grund für die Verhaftung

<sup>55</sup> Vgl. Benjamin Ziemann, Das „Fronterlebnis“ des Ersten Weltkrieges – eine sozialhistorische Zäsur? Deutungen und Wirkungen in Deutschland und Frankreich, in: Hans Mommsen (Hrsg.), Der Erste Weltkrieg und die europäische Nachkriegsordnung. Sozialer Wandel und Formveränderung der Politik, Köln u. a. 2000, S. 54 ff.; Barth, Dolchstoßlegenden, S. 287 f.

<sup>56</sup> Vgl. Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte (Hrsg.), Errettung des Ruhrgebiets, S. 164 ff.; Lucas, Märzrevolution, Bd. III, S. 119 f.

<sup>57</sup> Vgl. Salomon (Hrsg.), Freikorpskämpfer, S. 398 ff.; Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte (Hrsg.), Errettung des Ruhrgebiets, S. 206 ff.; Lucas, Märzrevolution, Bd. III, S. 315 ff.; Bajohr, Verdrängte Jahre, S. 28.

<sup>58</sup> Anklageschrift, 5. 3. 1926, Landesarchiv Nordrhein-Westfalen – Abteilung Rheinland Düsseldorf (künftig: LAV NRW – Abt. R), Staatsanwaltschaft (StA) Essen, Rep. 6/448.

gab er mir nicht an. Er übergab mir einen kleinen Zettel, welcher den Befehl zu der Verhaftung enthielt [...]. Auf dem Zettel bemerkte ich ein Kreuzchen und fragte Oberleutnant Müller nach der Bedeutung dieses Zeichens. Er erwiderte mir: 'Das bedeutet, dass er nicht lebend zur Brigade kommen darf.' Als ich ihn darauf fragte, wie das angestellt werden sollte, erwiderte er mir, daß wir ihm soviel Freiheit lassen sollten, daß er von selber einen Fluchtversuch unternehme.<sup>59</sup>

Bevor Fuchs ausrückte, hielt er noch einmal Rücksprache mit seinem Kompanieführer. „Ob er die Bedeutung des Kreuzchens kenne“, lautete dessen insistierende Frage<sup>60</sup>. So wurde der angebliche „Bolschewist“ noch in der gleichen Nacht in Essen verhaftet und auf dem Rückweg nach Gladbeck bei einem fingierten Fluchtversuch erschossen<sup>61</sup>. Fuchs und seine Männer kehrten ins Quartier zurück und meldeten Ramshorn Vollzug. Dieser Mord blieb kein Einzelfall. Bis die Marinbrigadisten am 7. Mai 1920 das Ruhrgebiet in Richtung Sennelager verließen, hatten sie sich so den Ruf willkürlicher Brutalität erworben<sup>62</sup>.

Nach anderthalb Jahren als Freikorpsoffizier besaß Ramshorn nun statt eines eher diffusen Ensembles von Feindbildstereotypen eine weitgehend geschlossene Weltsicht. Seine Erfahrungen im Grenzschutz, im Baltikum und im Ruhrgebiet festigten seine unbedingte Feindschaft gegenüber der Republik und dem Bolschewismus, die mit einer radikalen Gewaltbereitschaft einher ging. Untrennbar verbunden damit versuchte Ramshorn immer wieder, einen Lebensstil zu reproduzieren, den er als erstrebenswert kennengelernt hatte: Er sah sich, in Fortsetzung der mythisch überhöhten Schützengrabenkameradschaft, als Führer einer Lebens- und Kampfgemeinschaft soldatischer Männer<sup>63</sup>. Die praktizierte Gefahren- und Gewaltgemeinschaft des Nachkriegs stand im Mittelpunkt seiner politischen Überzeugungen. Selbst wenn sich diese eher emotional als rational begründeten, so sollten sie sich doch als ausgesprochen kompatibel mit völkischen Gesellschaftsentwürfen und der aus dem Weltkrieg geborenen „fast mythischen Erneuerungsteologie“ der radikalen Rechten erweisen<sup>64</sup>.

<sup>59</sup> Ebenda, Rep. 6/447, Aussage Balthasar Fuchs, 5. 11. 1925.

<sup>60</sup> Ebenda, StA Essen an Amtsgericht Bützow, 24. 12. 1925. Ramshorn bestritt dies später: „Das ist die alte Geschichte, dass wenn Übergriffe vorgekommen sind, hinterher die Führer die Schuldigen sein sollen.“ Ebenda, Aussage Hans Ramshorn, 11. 1. 1926.

<sup>61</sup> Ebenda, Aussage Balthasar Fuchs, 5. 11. 1925, und Aussage Gustav Gaul, 27. 7. 1925.

<sup>62</sup> Vgl. Lucas, Märzrevolution, Bd. III, S. 366 ff.; Zwicker, „Nationale Märtyrer“, S. 45 f. Spätere Ermittlungsverfahren wurden im Regelfall eingestellt. LAV NRW – Abt. R, StA Essen, Rep. 6/283–287, 289.

<sup>63</sup> STAO, Rep. 430, Dez. 201 Akz. 11/57 II Nr. 219, Aussage Hans Ramshorn v. 23. 5. 1921; Landeshauptarchiv Schwerin (künftig: LHAS), 4.12–3/1 Mecklenburg-Strelitzsches Ministerium, Abt. des Innern Nr. 827, Urteil des Landgerichts Neustrelitz in der Strafsache gegen den Hauptmann a. D. Ramshorn, 24. 10. 1925.

<sup>64</sup> Vgl. Krassnitzer, Geburt des Nationalsozialismus im Schützengraben, in: Dülffer/Krumeich (Hrsg.), Der verlorene Frieden, S. 122.

## Der Polizeihauptmann

Im Frühsommer 1920 drohte Ramshorn erneut die Demobilisierung. Doch hatte die neu aufgestellte Sicherheitspolizei großen Bedarf an bewährten Soldaten, deren politische Orientierung nur insofern eine Rolle spielte, als dass die Kandidaten keinesfalls im Verdacht stehen durften, „Bolschewisten“ zu sein<sup>65</sup>. Ramshorn konnte gleich die geschlossene Übernahme seiner Kompanie in den Polizeidienst erreichen – aus dem Freikorps-Oberleutnant wurde ein Polizeihauptmann<sup>66</sup>. Tatsächlich erwiesen sich die Sicherheitsorgane der jungen Republik als Sammelbecken für kriegs- und nachkriegserprobte „soldatische Männer“. Insbesondere junge Frontoffiziere sahen hier die Gelegenheit, ein gefährliches und wildes Leben in Uniform, mit Waffen und Gewalt weiterführen zu können<sup>67</sup>. Auch politische Motive spielten eine Rolle: So bekannte Ramshorn in einem Aufsatz zu Beginn seiner Polizeikarriere offen, dass sich nichts an seinem Selbstverständnis geändert habe. Er betrachtete den „Endzweck [...] der Polizeitruppe“ als den „Kampf“, der die Deutschen „wieder zu einem freien Volk“ machen werde. Durch den Kampf werde das Volk nicht nur das „schmachvolle Joch“ des Versailler Vertrages, sondern auch die Folgen der Revolution überwinden<sup>68</sup>. Ramshorn führte seine Hundertschaft daher wie ein Freikorps, als Gemeinschaft, zusammengeschweißt

„durch die gemeinsam verlebten Kämpfe und die gemeinsam erlebte Gefahr [...]. Die Hundertschaft wird dann eine Einheit darstellen, die unantastbar und imstande ist, jeder Macht zu trotzen. Sie wird eine Lebensgemeinschaft werden, in der kraft ihrer Geschlossenheit jedes Mitglied seine Befriedigung findet. [...] Dieses läßt sich aber [...] nicht dadurch erreichen, daß der Führer die Hundertschaft nur während weniger Stunden täglich sieht, sondern daß er eben sein ganzes Leben mit ihnen teilt.“<sup>69</sup>

Seinem Konzept der Lebens- und Kampfgemeinschaft kam das paramilitärische Profil der noch neuen Polizei entgegen, deren martialisches Selbstverständnis un-

<sup>65</sup> Vgl. Johannes Buder, Die Reorganisation der preußischen Polizei 1918–1923, Frankfurt a. M. 1986, S. 127 ff.; Peter Leßmann, Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik. Streifendienst und Straßenkampf, Düsseldorf 1989, S. 60 f.

<sup>66</sup> Vgl. Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte (Hrsg.), Errettung des Ruhrgebiets, S. 233.

<sup>67</sup> Vgl. Bernhard Sauer, Zur politischen Haltung der Berliner Sicherheitspolizei in der Weimarer Republik, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 53 (2005), S. 27 ff.; Daniel Schmidt, Keine Kommissare. Preußische Polizeioffiziere zwischen soldatischem Selbstverständnis und polizeilicher Professionalität 1919 bis 1935, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 69 (2010), S. 42 ff.

<sup>68</sup> STAO, Rep. 430, Dez. 201 Akz. 11/57 II Nr. 219, Hans Ramshorn, Der Hundertschaftsführer und seine Hundertschaft in ruhiger Zeit und im Kampf, 15. 2. 1921.

<sup>69</sup> Ebenda.

gebrochen blieb, auch nachdem die Alliierten ultimativ ihre Demilitarisierung gefordert hatten<sup>70</sup>.

Im Oktober 1920 wurde Ramshorns Hundertschaft zur besonderen Verwendung (z. B. V.) der Polizeigruppe Düsseldorf zugeteilt und somit gewissermaßen an die „Front“ verlegt, denn auf der gegenüberliegenden Rheinseite stand die Entente. Als deren Truppen am 8. März 1921 auch das rechtsrheinische Düsseldorf besetzten, um den alliierten Forderungen nach Reparationen und beschleunigter Abrüstung Nachdruck zu verleihen, wurden die Formationen der Schutzpolizei ausgewiesen<sup>71</sup>. Den Feinden aus dem Weltkrieg kampfflos weichen zu müssen, empfand Ramshorn erneut als tiefe Demütigung. In einem späteren Gerichtsverfahren schilderte er „unter Ausfällen gegen die Politik der Regierung, welche Erregung ihn und seine Truppen ergriffen hätte, als sie dem Einmarsch der Franzosen in Düsseldorf untätig hätten zusehen müssen“<sup>72</sup>.

Ein Ventil für ihre Wut sollten Ramshorn und seine Männer im mitteldeutschen Industriegebiet finden. Seit dem Kapp-Lüttwitz-Putsch war die Lage dort gespannt<sup>73</sup>. Nach einem von zahlreichen Streiks bestimmten unruhigen Winter waren im März 1921 mehrere Polizeihundertschaften in das Mansfelder Braunkohlerevier verlegt worden. Viele Arbeiter empfanden dies als Provokation. Die KPD wiederum erkannte die Chance, in die Offensive zu gehen: Am 21. März 1921 rief sie zum Generalstreik auf und kündigte an, zum bewaffneten Kampf überzugehen. Tatsächlich besetzten Arbeiter das Leunawerk südlich von Merseburg. Darüber hinaus kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen den improvisierten Kampfgruppen des kommunistischen Renegaten Max Hoelz und der Polizei. Die preußische Regierung verhängte den Ausnahmezustand über ihre Provinz Sachsen und beorderte mehrere tausend Polizisten dorthin. Am 25. März traf auch Ramshorns Hundertschaft ein. Als Teil der „Gruppe Eisleben“ unter Polizeioberst Bernhard Graf Poninski bestand ihr Auftrag darin, das Mansfelder Land und die als kommunistische Hochburg geltende Stadt Eisleben zu „säubern“ und schließlich die Kontrolle über Leuna zu erlangen<sup>74</sup>. Am militärischen Charakter

<sup>70</sup> Vgl. Buder, Reorganisation der preußischen Polizei, S. 281–322; Leßmann, Preußische Schutzpolizei, S. 78–103; Richard Bessel, Militarisation und Modernisierung. Polizeiliches Handeln in der Weimarer Republik, in: Alf Lüdtke (Hrsg.), „Sicherheit“ und „Wohlfahrt“. Polizei, Gesellschaft und Herrschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1992, S. 325 f.

<sup>71</sup> Vgl. Andreas Kühn, Polizeibeamte zwischen Ohnmacht und Selbstviktimsierung – Die Düsseldorfer Polizei in der Besatzungszeit 1918–1925, in: Carsten Dams u. a. (Hrsg.), „Dienst am Volk“? Düsseldorfer Polizisten zwischen Demokratie und Diktatur, Frankfurt a. M. 2007, S. 102 f.

<sup>72</sup> LHASA, MER, C 48 I e, Nr. 1066, Bericht des Regierungsrats Dr. Masur, 22. 3. 1924.

<sup>73</sup> Vgl. Knatz, „Ein Heer im grünen Rock“?, S. 26–38; zum Mitteldeutschen Aufstand und den folgenden Ausführungen vgl. auch Leßmann, Preußische Schutzpolizei, S. 103–119; Christian Knatz, Ein Sieg über Auführer und Reformen. Der Mitteldeutsche Aufstand von 1921 als verpaßte Chance der preußischen Schutzpolizei, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 46 (1998), S. 28–39; Dirk Schumann, Politische Gewalt in der Weimarer Republik. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001, S. 109–142.

<sup>74</sup> Vgl. Walter Drobniß, Der mitteldeutsche Aufstand 1921. Seine Bekämpfung durch die Polizei, Lübeck/Berlin/Hamburg 1929, S. 48 ff.

der Operation bestand kein Zweifel. Von weltkriegserfahrenen Offizieren geführt, sollten die Polizeihundertschaften mit Unterstützung einiger Artilleriebatterien der Reichswehr jeden Widerstand planmäßig niederkämpfen<sup>75</sup>. Dabei tat sich die Hundertschaft Ramshorn sowohl durch ihren ausgesprochenen Kampfeswillen als auch durch ihre rücksichtslose Härte hervor.

So wurden nach der Einnahme von Bischofrode am 27. März auf Befehl eines Polizeihauptmanns, bei dem es sich mit einiger Sicherheit um Ramshorn handelte, mehrere Zivilisten von einem Erschießungskommando hingerichtet<sup>76</sup>. Vor einem Untersuchungsausschuss des Preußischen Landtags versicherte Ramshorn jedoch, dass diese Toten im Gefecht gefallene Aufständische gewesen seien<sup>77</sup>. Unter ihnen befanden sich allerdings nachweislich zwei Männer, die Ramshorn kurz zuvor als Plünderer verhaftet hatte. Von ihnen behauptete er, dass sie „in Bischofrode einen Fluchtversuch gemacht haben, um in den Wald zu entkommen. Dabei sind sie anscheinend gefallen [sic].“<sup>78</sup> Offenkundig entledigte sich Ramshorn zweier unbequemer Gefangener, indem er umstandslos Verfahrensweisen des Bürgerkriegs in seine polizeiliche Praxis überführte. Ähnlich verfuhr er auch am 28. März: Als seine Hundertschaft in Querfurt einrückte, wurde Ramshorn ein angeblicher Plünderer vorgeführt. Der Hauptmann erteilte seinen Wachtmeistern daraufhin die lapidare Anweisung: „Schießen Sie den Mann tot“, die umgehend befolgt wurde<sup>79</sup>. Wenige Stunden später stellte seine Hundertschaft eine etwa 70 Mann starke „Bande“, die mit mehreren Geiseln aus Querfurt geflohen war – keiner der Aufständischen überlebte dieses Gefecht, auf Seiten der Polizei gab es jedoch keine Verluste<sup>80</sup>.

Die Leistungen der Hundertschaft z. B. V. fanden große Anerkennung bei den verantwortlichen Polizeiführern, die auch darin zum Ausdruck kam, dass die Einheit dafür ausgewählt wurde, am 29. März den Sturmangriff auf das Leunawerk anzuführen, der letzten Bastion der Kommunisten<sup>81</sup>. Obwohl sie auf dem Werksgelände auf keine nennenswerte Gegenwehr mehr stießen, töteten die Polizisten zahlreiche Besetzer und misshandelten die Überlebenden. Um die bru-

<sup>75</sup> Vgl. Knatz, „Ein Heer im grünen Rock“?, S. 144 ff.; Schumann, Politische Gewalt, S. 127 f.

<sup>76</sup> Vgl. Knatz, „Ein Heer im grünen Rock“?, S. 209; auch Drobnig, Der mitteldeutsche Aufstand, S. 63 f.

<sup>77</sup> Vgl. Niederschriften über die von dem Untersuchungsausschuss zur Nachprüfung der Ursachen, des Umfangs und der Wirkungen des kommunistischen Aufstands in Mitteldeutschland im März 1921 in mündlicher Verhandlung erhobenen Beweise (Drucksache Nr. 4140), in: Preußisches Ministerium des Innern (Hrsg.), Sammlung der Drucksachen des Preußischen Landtags. Anlagen zu den Sitzungsberichten. 1. Wahlperiode, Bd. 8, Berlin 1923, S. 503 f.

<sup>78</sup> Ebenda, S. 505.

<sup>79</sup> LHASA, MER, C 48 I e, Nr. 1066, Bericht des Regierungsrats Dr. Masur, 22. 3. 1924; vgl. Neue Preussische Zeitung vom 7. 3. 1924; Kreuz-Zeitung vom 19. 3. 1924; Knatz, „Ein Heer im grünen Rock“?, S. 200 f.

<sup>80</sup> Vgl. Drobnig, Der mitteldeutsche Aufstand, S. 67 f.; Knatz, „Ein Heer im grünen Rock“?, S. 152.

<sup>81</sup> Vgl. Drobnig, Der mitteldeutsche Aufstand, S. 105 f.; Knatz, „Ein Heer im grünen Rock“?, S. 164 ff.; Schumann, Politische Gewalt, S. 132 f.

talen Überschreitungen zu rechtfertigen, wurde vor allem auf die Grausamkeit des Gegners verwiesen. Am 31. März hatte eine Patrouille in der Nähe des Ortes Gröbers die verstümmelten Leichen mehrerer Polizisten entdeckt, die dann bei der polizeilichen Deutung des mitteldeutschen Aufstands eine entscheidende Rolle spielten<sup>82</sup>. Der Fund schien den inhumanen Charakter zu bestätigen, den die bürgerkriegserfahrenen Polizisten ihrem Gegenüber ohnehin unterstellten und ihm gleichzeitig das Recht absprachen, normengerecht und zivil behandelt zu werden. Die weitaus meisten polizeilichen Übergriffe fanden allerdings statt, bevor die Ereignisse von Gröbers publik wurden. Das Vorgehen der Polizei lässt sich also nicht nur durch situative Faktoren wie die unmittelbare Empörung über die Kampfmethoden des Gegners oder die emotionale Erregung während der Gefechte erklären, wie dies auch Ramshorn selbst tat<sup>83</sup>. Eine zentrale Rolle spielten vielmehr bereits zuvor ausgeprägte Wahrnehmungsmuster, die tendenziell engrenzte Handlungsstrukturen prädisponierten. So ging die überwiegende Zahl der polizeilichen Aus- und Überschreitungen auf das Konto von Düsseldorfer Hundertschaften<sup>84</sup>, die erstens einen hohen Anteil ehemaliger Freikorpskämpfer aufwiesen und zweitens durch unmittelbar vorangegangene Frustrationserlebnisse aufgeputscht worden waren. Die besondere Wirksamkeit von Feindbildstereotypen belegen vor allem die Berichte zeitgenössischer Beobachter, denen auffiel, dass sich Düsseldorfer Polizisten offen gegen die Sozialdemokratie, den „Bolschewismus“ und das „Jüdische Kapital“ äußerten, denen sie die Schuld an Krieg, Revolution und auch dem aktuellen Aufstand zuwiesen. Die verantwortlichen Offiziere stuften diese Haltung vor dem Hintergrund der „starke[n] Erregung“ ihrer Männer als verständlich ein<sup>85</sup>.

Der Polizeieinsatz im mitteldeutschen Industriegebiet hatte ein Nachspiel – sowohl ein politisches als auch ein juristisches. Da das polizeiliche Schweigekartell zusammenhielt, blieben aber sowohl der noch im April 1921 eingesetzte Untersuchungsausschuss im preußischen Landtag<sup>86</sup> als auch die zahlreichen Gerichtsverfahren gegen Polizeibeamte ohne substantielles Ergebnis. Zur unmittelbaren Nachgeschichte des Polizeieinsatzes im Frühjahr 1921 gehört zudem eine polizeifachliche Kontroverse, bei der es im Kern um die Frage ging, ob eine moderne Polizei zivil handeln oder sich an militärischen Prinzipien orientieren sollte. Die Befürworter einer harten Linie setzten sich durch. Wichtige Argumente lieferten ihnen die Leistungen der Hundertschaft Ramshorn. So hieß es in einer offiziellen polizeilichen Analyse:

„Diese Hundertschaft bestand fast ausschließlich aus einer früheren Kompanie des alten Heeres, die bei der Bildung der Schutzpolizei geschlossen unter ihrem

<sup>82</sup> Vgl. Knatz, „Ein Heer im grünen Rock“?, S. 174 ff.

<sup>83</sup> Vgl. Niederschriften (wie Anm. 77), S. 503.

<sup>84</sup> Vgl. Sitzungsberichte des Preußischen Landtags. 1. Wahlperiode, Bd. 12, Berlin 1923, Sp. 16892; Schumann, Politische Gewalt, S. 135 ff.

<sup>85</sup> Vgl. Knatz, „Ein Heer im grünen Rock“?, S. 212.

<sup>86</sup> Vgl. ebenda, S. 174 ff.



alten Führer übernommen worden war. Sie versagte nie, leistete alles, was von ihr verlangt wurde, und half sich auch unter den schwierigsten Umständen selbst.<sup>87</sup>

Letztlich wurden so militärische Grundsätze als maßgebliche Leitlinie für den geschlossenen Einsatz in der preußischen Schutzpolizei während der Weimarer Republik durchgesetzt<sup>88</sup>.

Obwohl einflussreiche Vorgesetzte Ramshorns militärische Qualitäten schätzten, stand seine Polizeikarriere schon bald vor dem Ende. Denn seine Erfolge waren ihm ganz offensichtlich zu Kopf gestiegen. Am 5. Mai 1921, wenige Tage nach dem Beginn des dritten polnischen Aufstands, wurde die Düsseldorfer Polizeiabteilung nach Oberschlesien verlegt. Auf dem Weg zum Verladebahnhof Merseburg weigerte sich Ramshorn, mit seiner Hundertschaft die ihm zugewiesene Position in der Mitte der Kolonne einzunehmen, sondern marschierte stattdessen demonstrativ und „mit lächelndem Gesicht“ an die Spitze. Nachdem sein Anspruch auf diese exponierte Position zurückgewiesen worden war, trennte er seine Hundertschaft von der Abteilung und marschierte etwa 300 Meter dahinter. Später versuchte Ramshorn zudem, deutlich mehr Zugabteile in Beschlag zu nehmen, als seiner Hundertschaft für den Transport zugewiesen worden waren<sup>89</sup>. So verhielt sich ein charismatischer Freikorpsführer, nicht aber ein Polizeioffizier: Priorität hatten für ihn nicht die Erfordernisse des Polizeidienstes, sondern die Bedürfnisse seiner Einheit<sup>90</sup>. Ramshorns Vorgesetzte erblickten in seinem Auftritt eine Befehlsverweigerung und leiteten ein Disziplinarverfahren ein.

Zeitgleich wurden auch andere Vorwürfe gegen ihn erhoben – in einer umfangreichen Eingabe behauptete ein Untergebener, Ramshorn sei trunk- und spielsüchtig sowie hochverschuldet und auch noch homosexuell. Auch seine politische Orientierung war Gegenstand der Beschwerde: Ramshorn trete offen republikfeindlich und antisemitisch auf<sup>91</sup>. Keine dieser Anschuldigungen war aus der Luft gegriffen. Spätestens seit seiner Freikorpszeit war ein massiver Antisemitismus wesentlicher Bestandteil seines völkischen Weltbildes, das Ramshorn wie selbstverständlich an seine Männer weiterreichte. Neben solchen politischen Überzeugungen nährte das soldatisch-männerbündische Freikorpsmilieu auch

<sup>87</sup> Drobniq, *Der mitteldeutsche Aufstand*, S. 75.

<sup>88</sup> Vgl. Leßmann, *Preußische Schutzpolizei*, S. 231 ff.; Knatz, *Sieg über Aufrührer und Reformen*, S. 34f.

<sup>89</sup> GSTA PK, I. HA Rep. 77, PA Nr. 2097, Meldung des Polizeihauptmanns Heinrich Mechterheimer, 6. 5. 1921; Meldung des Polizeihauptmanns Alfred von Ramin, 6. 5. 1921 u. 10. 5. 1921; Aussage Polizeihauptmann Hans Ramshorn, 9. 5. u. 13. 5. 1921.

<sup>90</sup> STAO, Rep. 430, Dez. 201 Akz. 11/57 II Nr. 219, Hans Ramshorn, *Der Hundertschaftsführer und seine Hundertschaft in ruhiger Zeit und im Kampf*, 15. 2. 1921: Um seine Truppe an sich zu binden, müsse der Führer zum einen dafür sorgen, dass sie materiell besser gestellt sei als andere Einheiten. Zum anderen habe er Sorge dafür zu tragen, dass sich die Truppe auch in jeder anderen Weise „herausgehoben“ fühle.

<sup>91</sup> GSTA PK, I. HA Rep. 77, PA Nr. 2097, Meldung des Polizeioberleutnants Vohl, 20. 4. 1921; STAO, Rep. 430, Dez. 201 Akz. 11/57 II Nr. 219, Meldung des Polizeiwachtmeisters Marschall, o. D. (Mai 1921); GSTA PK, I. HA Rep. 77, PA Nr. 2097, Meldung des Polizeihauptmanns Alfred von Ramin, 6. 5. 1921.

einen bestimmten Lebensstil, für den nicht nur Alkoholexzesse, sondern auch eine virulente Homosexualität kennzeichnend war, die möglicherweise in enger Verbindung zur Tendenz der Freikorpsangehörigen stand, demonstrativ mit den Normen der bürgerlichen Gesellschaft zu brechen<sup>92</sup>. Ramshorns Überhöhung der soldatischen Lebensgemeinschaft war gewiss auch das Ergebnis homoerotischer Projektionen. Die Vorwürfe wies er jedoch empört zurück, betonte allerdings, dass er in enger Kameradschaft mit seinen Leuten lebe, die mit ihm im Kampf gestanden und Gefahren geteilt hätten und zu denen er in einem besonderen Treueverhältnis stünde<sup>93</sup>. Dass Ramshorns fast schon sichere fristlose Entlassung unterblieb, verdankte er nur der Protektion des Oberst Graf Poninski, einem der wichtigsten Befürworter einer militarisierten Polizei. Ramshorn wurde „mit Rücksicht auf die früheren Verdienste“ mit einem schweren Verweis bestraft und zur Schutzpolizei Osnabrück versetzt<sup>94</sup>. Um sowohl Entschlossenheit zu demonstrieren als auch die alten Freikorpsstrukturen zu zerschlagen, wurde zudem die Hundertschaft kurzerhand aufgelöst. Allerdings zeigte sich das preußische Innenministerium bemerkenswert inkonsequent: Anträge ehemaliger Untergebener Ramshorns auf Versetzung nach Osnabrück wurden umstandslos genehmigt<sup>95</sup>.

In der biedereren Provinzstadt Osnabrück sollte Ramshorn fernab der politischen Brennpunkte des Reiches nun die Gelegenheit erhalten, sich in den zivilen Alltag der Polizeiarbeit einzufinden. Zunächst schien dies keineswegs aussichtslos. Sein neuer Kommandeur, Polizeimajor Pfeiffer, lernte in ihm

„einen Beamten von vielseitiger Dienstkenntnis und Allgemeinbildung, großem Diensteifer und Verständnis für seine Untergebenen und von anständiger Gesinnung kennen; gleichzeitig aber musste ich bei ihm infolge seiner langen Gefangenschaft in Russland und infolge des Landsknechtslebens bei verschiedenen Freikorps eine erhebliche Verwilderung der Sitten insofern feststellen, als R.[amshorn] sich gern dem Trunk, Spiel und Weibern hingab, sich auch nicht immer einer genügenden Zurückhaltung in der Öffentlichkeit befleißigte und im Verkehr mit Vorgesetzten nicht immer den richtigen Ton fand. Durch seine Versetzung nach Osnabrück ist Ramshorn zum ersten Mal seit seiner Jugend längere Zeit an demselben Ort sesshaft geworden. Dieser Umstand ist von vorzüglichem

<sup>92</sup> Vgl. Emil J. Gumbel, *Verschwörer. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde seit 1918*, Wien 1924, S. 217; Klaus Theweleit, *Männerphantasien. Band 2: Männerkörper – zur Psychoanalyse des weißen Terrors*, Frankfurt a. M. 1978, S. 317 u. S. 332; Hans Rudolf Wahl, *Männerbünde, Homosexualitäten und politische Kultur im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. Überlegungen zur Historiographie der SA*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 52 (2004), S. 218–237.

<sup>93</sup> STAO, Rep. 430, Dez. 201 Akz. 11/57 II Nr. 219, Aussage Hans Ramshorn, 23. 5. 1921.

<sup>94</sup> GSTA PK, I. HA Rep. 77, PA Nr. 2097, Kommando Graf Poninski an Minister des Innern (MdI), 14. 5. 1921, Vermerk MdI, 19. 5. 1921, MdI an Schutzpolizeiabteilung Graf Poninski, Regierungspräsidium Düsseldorf und Regierungspräsidium Osnabrück, 29. 6. 1921. Zu Poninski vgl. Knatz, „Ein Heer im grünen Rock“, S. 307.

<sup>95</sup> STAO, Rep. 430, Dez. 201 Akz. 11/57 II Nr. 248, MdI an Regierungspräsidium Osnabrück, 19. 11. 1921.

Einfluss auf seine Lebensführung geworden, auch haben sich erzieherische Einflüsse vielleicht zum ersten Mal seit Kriegsbeginn bei ihm auswirken können.<sup>96</sup>

Die Hoffnungen seines Vorgesetzten sollten sich jedoch nicht erfüllen. Ramshorn gelang es binnen weniger Monate, seine neue Hundertschaft auf sich einzuschwören<sup>97</sup> und dafür zu sorgen, dass die Einheit „fast restlos unzuverlässig und regierungsfeindlich“<sup>98</sup> wurde. Bald gehörten Polizisten zum Osnabrücker Straßenbild, die offen über die „Judenrepublik“ schimpften<sup>99</sup>.

Darüber beschwerte sich die Osnabrücker SPD im Sommer 1922 beim preußischen Innenministerium, das daraufhin Ermittlungen vor Ort veranlasste<sup>100</sup>. Diese ergaben, dass über Ramshorns Zusammenarbeit mit republikfeindlichen Kreisen und seine Feindseligkeit gegenüber der Arbeiterbewegung kein Zweifel bestehen konnte<sup>101</sup>. Da zeitgleich auch wegen Falschspiels gegen ihn ermittelt wurde<sup>102</sup>, wurde Ramshorn schließlich am 31. März 1923 aus dem Polizeidienst entlassen<sup>103</sup>. Dies hatte nicht nur persönliche Gründe. Nach ihrer widersprüchlichen Gründungsphase begann sich der Charakter der Sicherheits- bzw. Schutzpolizei ab etwa 1921 allmählich zu verändern. Einerseits – dies zeigten nicht zuletzt die Deutungskämpfe um den Polizeieinsatz in Mitteldeutschland – blieben die innerhalb des Polizeioffizierskorps bestehenden Vorstellungen über polizeiliche Professionalität fest in ein militärisches Bezugssystem eingebunden. Andererseits erwies sich die Orientierung einiger Polizeioffiziere am Lebensstil des Front- und Freikorpskämpfers als höchst dysfunktional. Um solche Fehlentwicklungen in Zukunft auszuschließen, bemühte sich die Führung der preußischen Polizei darum, Habitus und Selbstverständnis des Vorkriegsoffiziers wieder als Maßstab zu etablieren<sup>104</sup>. So scheiterte die Karriere des Polizeihauptmanns Ramshorn letztlich nicht an der Unvereinbarkeit von militärischer Orientierung und polizeilicher Praxis, sondern neben seiner Illoyalität gegenüber seinem Dienstherrn auch daran, dass sein habitueller Stil nicht mehr mit dem seiner Standesgenossen zu vereinbaren war.

<sup>96</sup> GSTA PK, I. HA Rep. 77, PA Nr. 2097, KdS Osnabrück an Regierungspräsidium Osnabrück, 18. 8. 1922.

<sup>97</sup> STAO, Rep. 430, Dez. 201 Akz. 11/57 II Nr. 219, Beurteilung, 10. 1. 1922.

<sup>98</sup> GSTA PK, I. HA Rep. 77, PA Nr. 2097, Walter Bubert, MdL, an MdI, 12. 7. 1922.

<sup>99</sup> Ebenda, Bericht des Polizeimajors Harlinghausen, 22. 8. 1922.

<sup>100</sup> Ebenda, Walter Bubert, MdL, an MdI, 12. 7. 1922, MdI an OP Hannover, 5. 8. 1922, OP Hannover an MdI, 31. 8. 1922.

<sup>101</sup> Ebenda, Bericht des Polizeimajors Harlinghausen, 22. 8. 1922.

<sup>102</sup> Ebenda, Regierungspräsidium Osnabrück an MdI, 4. 8. 1922.

<sup>103</sup> Ebenda, MdI an Regierungspräsidium Osnabrück, 14. 12. 1922; STAO, Rep. 430, Dez. 201 Akz. 11/57 II Nr. 219, MdI an OP Hannover, 16. 12. 1922.

<sup>104</sup> Vgl. Leßmann, Preußische Schutzpolizei, S. 199; Daniel Schmidt, Schützen und Dienen. Polizisten im Ruhrgebiet in Demokratie und Diktatur 1919–1939, Essen 2008, S. 216 ff.

## Der paramilitärische Aktivist

Nachdem alliierte Truppen Anfang 1923 nahezu das gesamte Ruhrgebiet besetzt hatten<sup>105</sup>, stellte die Reichswehr militärische Parallelformationen auf, deren Zweck es sein sollte, die regulären Truppen im Falle äußerer und, sehr viel entscheidender, innerer Bedrohung zu unterstützen. Die Schwarze Reichswehr entstand, die durch Ausbildung einer möglichst großen Zahl von Zeitfreiwilligen das militärische Potential des Reiches substantiell erweitern sollte. Dafür brauchte es eine beträchtliche Anzahl militärischer Spezialisten<sup>106</sup>. So wurde die Schwarze Reichswehr zum Sammelbecken für den „harten Kern“<sup>107</sup> der Freikorpsbewegung, deren putscherfahrene Führer sogleich neue Umsturzpläne ins Auge fassten. Ramshorn schloss sich im April 1923 der Schwarzen Reichswehr an, wo er rasch reüssierte – nicht zuletzt mit Hilfe der Netzwerke und Referenzen aus seiner Freikorpszeit. Sein Werdegang steht somit exemplarisch für jene Paramilitärs, die sich in der Schwarzen Reichswehr exponierten. Besonders augenfällig wird dies im Hinblick auf Walter Stennes, wie Ramshorn ehemaliger Polizeihauptmann und Kommandoführer der Schwarzen Reichswehr, der später als SA-Führer noch von sich reden machen sollte<sup>108</sup>.

Zunächst stellte Ramshorn auf einem Gut in Ihlow (Kreis Oberbarnim) eine eigene Kompanie aus ehemaligen Untergebenen auf<sup>109</sup>. Später führte er illegale Formationen im Fort Hahneberg sowie im Lager Elsgrund auf dem Truppenübungsplatz Döberitz<sup>110</sup>. Gleichzeitig wurde er zum Reisenden in Sachen Umsturz. So tauchte er bereits im Sommer 1923 wieder in Osnabrück auf, wo er Kontakt zu ehemaligen Untergebenen und alten Kameraden suchte – zum einen, um geeignete Kandidaten für die Schwarze Reichswehr abzuwerben, zum anderen, um dem geplanten Putsch Unterstützung unter den Polizeioffizieren zu sichern. Offenkundig hatten die Verschwörer eine wichtige Lehre aus dem Scheitern des Kapp-Lüttwitz-Putsches gezogen und bemühten sich nun frühzeitig darum, die bewaffneten Organe zu infiltrieren. Ramshorns Mission in Osnabrück war durchaus erfolgreich. Zahlreiche Angehörige seiner ehemaligen Hundertschaft, vor allem eine zusammengewachsene Kerntruppe aus früheren Baltikumkämpfern,

<sup>105</sup> Vgl. Conan Fischer, *The Ruhr Crisis, 1923–1924*, Oxford 2003, S. 41 ff.

<sup>106</sup> Vgl. Gumbel, *Verschwörer*, S. 107–117; Gumbel, „Verräter verfallen der Feme“, S. 213; Waite, *Vanguard of Nazism*, S. 239–253; Irmela Nagel, *Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik*, Köln u. a. 1991, S. 38–49; Sauer, *Schwarze Reichswehr*, S. 45–51; Barth, *Dolchstoßlegenden*, S. 399.

<sup>107</sup> Sauer, *Schwarze Reichswehr*, S. 8.

<sup>108</sup> Vgl. Nagel, *Fememorde*, S. 313; Sauer, *Berliner Sicherheitspolizei*, S. 34–42.

<sup>109</sup> STAO, Rep. 430, Dez. 201 Akz. 11/57 I Nr. 36, Regierungspräsidium Osnabrück an MdI, 26. 9. 1923, sowie Aussage Emil Oskieski, 26. 9. 1923.

<sup>110</sup> GSTA PK, I. HA Rep. 77, PA Nr. 2097, Lebenslauf v. 22. 3. 1933; STAO, Rep. 430, Dez. 201 Akz. 11/57 I Nr. 36, Aussage Hermann Zetzsche, 26. 9. 1923, sowie Aussage Hermann Schäfer, 27. 9. 1923; ebenda, Akz. 11/57 II Nr. 248, Hans Ramshorn an Hermann Schäfer, 8. 9. 1923 (Abschrift); vgl. Gumbel, „Verräter verfallen der Feme“, S. 229 ff.; Nagel, *Fememorde*, S. 46 f.

die „alten Ramshörner“<sup>111</sup>, waren ihm immer noch treu ergeben<sup>112</sup>. Einige dieser Getreuen brachte Ramshorn dazu, ihn während ihres Urlaubs in Berlin und Döberitz zu besuchen. Dort führte er sie in der Uniform eines Reichswehrhauptmanns über ein Gelände, das wie ein offizieller Stützpunkt des Heeres wirkte. Er erklärte ihnen, dass er mit Wissen der Reichswehr eine Truppe aus ehemaligen Polizisten und Freikorpsleuten aufstelle, die im Falle eines Linksputsches in Aktion treten werde. Zudem deutete Ramshorn an, dass es bald eine neue Regierung geben werde<sup>113</sup>. Seine Argumente überzeugten fünf Angehörige der 1. Polizeibereitschaft in Osnabrück, sich Ramshorns schwarzem Arbeitskommando anzuschließen – kurz bevor sie den Zug nach Berlin besteigen konnten, wurden sie jedoch am 26. September 1923 festgesetzt<sup>114</sup>.

Warum die Osnabrücker Schutzpolizisten ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt versucht hatten, nach Berlin zu gelangen, wurde deutlich, als auf den Bahnhöfen der Hauptstadt außergewöhnlich viele junge Männer ankamen. Daraus schloss die Reichsregierung, dass ihre illegalen Arbeitskommandos möglicherweise außer Kontrolle geraten könnten und befahl deren Auflösung. In einer Kurzschlussbehandlung stürzte sich die Führung der Schwarzen Reichswehr daraufhin in eine militärische Aktion: Am 1. Oktober 1923 meuterten illegale Formationen in Küstrin, Spandau sowie unter Hauptmann Stennes im Fort Hahneberg. Ihr Vorgehen war aber unkoordiniert und hatte mit den ursprünglichen, sehr viel umfassenderen Putschplanungen wenig zu tun<sup>115</sup>. Nachdem dieser erneute Staatsstreichversuch rasch niedergeschlagen worden war, veranlasste die Regierung eine eingehende Untersuchung der Hintergründe. So entsandte das Preußische Innenministerium auch eine Kommission nach Osnabrück, die eventuelle Verbindungen zwischen dem Polizeioffizierskorps und den Küstriner Putschisten aufklären sollte. In Osnabrück war es nämlich nicht bei einer Handvoll abtrünniger Wachtmeister geblieben. Unter dem Einfluss Ramshorns hatten dort auch drei Polizeioffiziere mehr als nur mit dem Gedanken gespielt, sich dem Umsturz anzuschließen<sup>116</sup>. Die Betroffenen wurden zwar mit empfindlichen Disziplinarstrafen bedacht, nicht aber entlassen – obwohl es sich um offenkundige Feinde der Republik handelte<sup>117</sup>.

<sup>111</sup> STAO, Rep. 430, Dez. 201 Akz. 11/57 II Nr. 248, Aussage Unterwachtmeister Reichardt, 26.9.1923.

<sup>112</sup> Ebenda, Akz. 11/57 I Nr. 35, Aussagen der Polizeihauptleute Siber, 5.10.1923, und Hartmann, 7.10.1923, sowie der Polizeileutnants Reupke und Bernhard, 5.10.1923.

<sup>113</sup> Ebenda, Akz. 11/57 I Nr. 36, Aussagen Emil Oskienski und Hermann Zetzsche, 26.9.1923, sowie Aussage Hermann Schäfer, 27.9.1923.

<sup>114</sup> Ebenda, Regierungspräsidium Osnabrück an MdI, 26.9.1923; STAO, Rep. 430, Dez. 201 Akz. 11/57 II Nr. 248, Meldung Polizeihauptmann von Hegener, 26.9.1923, sowie Aussage Unterwachtmeister Jürgenpott, 26.9.1923.

<sup>115</sup> Vgl. Gumbel, „Verräter verfallen der Feme“, S. 231–236; Waite, Vanguard of Nazism, S. 247 ff.; Sauer, Schwarze Reichswehr, S. 14 f., S. 55 ff., S. 72 ff. u. S. 150 ff.

<sup>116</sup> STAO, Rep. 430, Dez. 201 Akz. 11/57 I Nr. 35, Regierungspräsidium Osnabrück an KdS Osnabrück, 5.10.1923.

<sup>117</sup> Ebenda, Nr. 36, MdI an OP Hannover, 6.10.1923; ebenda, Nr. 35, MdI an Regierungspräsidium Osnabrück, 19.11.23. Zur inkonsequenten Haltung des preußischen Innenministeri-

Währenddessen befand sich Ramshorn noch auf der Flucht. Er wich mit seinen Leuten nach Mecklenburg aus, wurde dort aber schließlich verhaftet, jedoch nicht als einer der Hauptverdächtigen<sup>118</sup>. Obwohl er sich zweifelsfrei und zum wiederholten Male an einer Verschwörung gegen die Republik beteiligt hatte, wurde dies nie gerichtsfest. Auch im Rahmen des anderen großen Ermittlungskomplexes im Zusammenhang mit der Schwarzen Reichswehr, den Fememorden<sup>119</sup>, trat Ramshorn nie als Beschuldigter, höchstens als Zeuge auf, so vor allem in der Strafsache gegen den Organisator der Schwarzen Reichswehr, Oberleutnant Paul Schulz, und dessen Umfeld<sup>120</sup>. Tatsächlich gehörte Ramshorn nicht zum unmittelbaren Täterkreis: Weder war er direkt an einer der Mordtaten beteiligt, noch war er einer derjenigen Offiziere, welche die Mordbefehle gaben. Angesichts seiner exponierten Stellung darf es jedoch als sicher gelten, dass er davon wusste, wie innerhalb der Schwarzen Reichswehr mit angeblichen Verrätern verfahren wurde<sup>121</sup>.

Im März 1924 schließlich musste sich auch Ramshorn wegen Mordes vor Gericht verantworten. Das Landgericht Naumburg verhandelte den Tod des Mannes, dessen Erschießung Ramshorn drei Jahre zuvor in Querfurt angeordnet hatte. Da sich Polizei und Justiz allerdings nur sehr zögerlich an der Aufklärung polizeilicher Überschreitungen während des mitteldeutschen Aufstands beteiligten, wurde auch das Naumburger Verfahren zur „Farce“<sup>122</sup>. Flankiert von der deutschnationalen Presse, die sein energisches Vorgehen gegen die „Rotgardisten“ ausdrücklich lobte<sup>123</sup>, verteidigt von Alfons Sack, einem der Staranwälte der radikalen Rechten<sup>124</sup>, und begünstigt durch die stramm nationale Haltung von Staatsanwalt und Richter, die offen mit ihm sympathisierten und seinen Ausfällen gegen die preußische Regierung nicht widersprachen, erhielt Ramshorn am Ende einen Freispruch erster Klasse<sup>125</sup>.

Aus der Untersuchungshaft entlassen, kehrte Ramshorn nach Mecklenburg zurück, dem wichtigsten Rückzugsgebiet der völkischen Paramilitärs<sup>126</sup>. Exzellente Kontakte zu Großgrundbesitzern erlaubten es ihnen, sich auf deren Gütern unsichtbar zu machen. Von dort aus wurde das, was sich Schwarze Reichswehr

---

ums gegenüber republikfeindlichen Tendenzen im Polizeioffizierskorps und deren Folgen vgl. Leßmann, Preußische Schutzpolizei, S. 368; Schmidt, Schützen und Diener, S. 226 ff.

<sup>118</sup> STAO, Rep. 430, Dez. 201 Akz. 11/57 II Nr. 248, Vermerk OStA Osnabrück, 8. 10. 1923.

<sup>119</sup> Vgl. Nagel, Fememorde, S. 63–78; Sauer, Schwarze Reichswehr, S. 79–275.

<sup>120</sup> Vgl. Urteil des außerordentlichen Schwurgerichts Berlin III in der Strafsache gegen Fritz Fuhrmann u. a., 26. 3. 1927, in: Friedrich Grimm, Rechtsgutachten in der Strafsache des Oberleutnants a. D. Paul Schulz aus Berlin, München 1928, S. 11 u. S. 34.

<sup>121</sup> In nur einem einzigen Fall, dem des Leutnants a. D. Georg Sand, der im August 1923 in Döberitz ermordet wurde, befand sich Ramshorn zum mutmaßlichen Tatzeitpunkt im gleichen Standort der Schwarzen Reichswehr. Vgl. Sauer, Schwarze Reichswehr, S. 199–208.

<sup>122</sup> Knatz, „Ein Heer im grünen Rock?“, S. 201.

<sup>123</sup> Neue Preussische Zeitung vom 7. 3. 1924.

<sup>124</sup> Vgl. Martin Sabrow, Der Rathenaumord. Rekonstruktion einer Verschwörung gegen die Republik von Weimar, München 1994, S. 104.

<sup>125</sup> LHASA, MER, C 48 I e, Nr. 1066, Bericht des Regierungsrats Dr. Masur, 22. 3. 1924.

<sup>126</sup> Vgl. Gumbel, „Verräter verfallen der Feme“, S. 236; Waite, Vanguard of Nazism, S. 253; Sauer, Roßbach, S. 8.

nannte, unter dem institutionellen Dach der Deutschvölkischen Freiheitspartei (DVFP) verdeckt fortgeführt<sup>127</sup>. Ramshorn beschritt aber zunächst einen anderen Weg: Am 1. Juli 1924 trat er seinen Dienst als Hauptmann in der Mecklenburg-Strelitzschen Staatspolizei an. Die Behörden des norddeutschen Kleinstaats stellten ihn zwar rasch ein, weil es einen akuten „Mangel an Oberbeamten“ gab, erkundigten sich jedoch vorsichtshalber im Preußischen Innenministerium, „ob gegen Hauptmann Ramshorn irgend etwas vorliegt“<sup>128</sup>. In Berlin zögerte man die Übersendung der Akten zunächst hinaus: Erst nach nochmaliger Nachfrage aus Neustrelitz und der Erkenntnis, dass die fraglichen Akten keine Informationen über die „Zusammenhänge R.[amshorn]’s mit den s[einer]z[eit]. unliebsam hervorgetretenen Organisationen“<sup>129</sup> enthielten, gewährte die preußische Polizeiführung den mecklenburg-strelitzschen Behörden Akteneinsicht. Schon nach kurzer Zeit zeigte sich auch in Mecklenburg, dass Ramshorns ausschweifender Lebensstil mit dem Dienstverständnis und den Dienstpflichten eines Polizeioffiziers kaum vereinbar war. So feierte er weiterhin Alkoholexzesse mit seinen Untergebenen und suchte sexuelle Kontakte zu ihnen<sup>130</sup>. Im Anschluss an ein Zechgelage fielen Ramshorns homosexuelle Neigungen auch im Offizierskorps auf, da er offenbar sehr offensiv die Nähe eines Kellners gesucht hatte. Am 19. Januar 1925 wurde Ramshorn vor den zuständigen Minister zitiert, der ihn aufforderte, unverzüglich ein Entlassungsgesuch einzureichen, da er wegen seiner charakterlichen Mängel nicht mehr geduldet werden könne<sup>131</sup>. Zwar quittierte Ramshorn umgehend den Polizeidienst, der befürchtete öffentliche Skandal blieb aber dennoch nicht aus. Nachdem ihm am 5. Mai 1925 ein Strafbefehl wegen „widernatürlicher Unzucht“ zugegangen war, erhob Ramshorn Einspruch. So kam es in dieser Sache zu zwei Berufungsverhandlungen, bei denen er alle Vorwürfe vehement abstritt und zu seiner Verteidigung vorbrachte,

„dass er zu seinen Leuten anders stände wie ein Friedensoffizier, dies habe seinen Grund darin, dass er während des ganzen Krieges an der Front und auch noch nach dem Kriege in allen Teilen des Vaterlandes zu dessen Vorteil und Nutzen unter Waffen in Gefahr für Leib und Leben gestanden habe, und dass er deshalb

<sup>127</sup> Vgl. Gumbel, *Verschwörer*, S. 97 f.; Berding, *Moderner Antisemitismus*, S. 178 ff.; Bernhard Sauer, Goebbels’ „Rabauken“. Zur Geschichte der SA in Berlin-Brandenburg, in: Uwe Schaper (Hrsg.), *Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin* 2006, S. 108 f.

<sup>128</sup> GSTA PK, I. HA Rep. 77, PA Nr. 2097, Mecklenburg-Strelitzsches Ministerium, Abt. des Innern, an MdI, 3. 10. 1924.

<sup>129</sup> Ebenda, Vermerk MdI, 7. 11. 1924.

<sup>130</sup> LHAS, 4.12-3/1 Mecklenburg-Strelitzsches Ministerium, Abt. des Innern Nr. 827, Urteil des Landgerichts Neustrelitz in der Strafsache gegen den Hauptmann a. D. Ramshorn, 24. 10. 1925.

<sup>131</sup> Ebenda, Mecklenburg-Strelitzsches Ministerium, Abt. des Innern, an Major a. D. Röhrich, 11. 3. 1926.

ausserdienstlich auch seine Untergebenen mehr kameradschaftlich behandle, als dies wohl sonst im allgemeinen der Fall sei.“<sup>132</sup>

Das Landgericht Neustrelitz konnte außer sich widersprechender Aussagen keine Belastungsmomente erkennen und hob den Strafbefehl aus Mangel an Beweisen auf.

Im Laufe des Jahres 1925 verlagerte Ramshorn den Schwerpunkt seines Engagements innerhalb des völkisch-paramilitärischen Milieus. Indem er sich erstmals einer explizit politischen Gruppierung, der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung, anschloss, trug er den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung: Nachdem sich die Republik stabilisiert hatte und ein gewaltsamer Umsturz aussichtslos schien, galt es nun, neue Milieustrukturen auszubauen, um in ihnen zu „überwintern“<sup>133</sup>. Wie viele andere spätere SA-Größen absolvierte Ramshorn seine ersten Schritte in der politischen Praxis bemerkenswerterweise nicht bei den Nationalsozialisten, deren spätere Führungsrolle im rechtsradikalen Spektrum noch nicht absehbar war, sondern bei einer anderen völkischen Splitterpartei<sup>134</sup>. Die Deutschvölkische Bewegung bildete wie ihre Vorgängerorganisation DVFP vor allem eine legale Fassade, hinter der sich militante Extremisten aus den Freikorps sammeln konnten. So war Ramshorn für die Stelle des Verwalters auf dem mecklenburgischen Gut Zibühl, mit der er nun offiziell seinen Lebensunterhalt bestritt<sup>135</sup>, keineswegs durch seine agrarische Expertise qualifiziert, sondern vor allem durch seine Fähigkeiten als paramilitärischer Organisator.

Das blieb nicht unbemerkt. Dass die Deutschvölkischen in Mecklenburg nicht „Turnerschaften“ unterhielten, sondern paramilitärische Organisationen<sup>136</sup>, ließ sich nur schwer verheimlichen. Am 23. Juli 1926 stellte die KPD-Fraktion im mecklenburg-strelitzschen Landtag eine kleine Anfrage an das Staatsministerium, um in Erfahrung zu bringen, wie lange Hauptmann Ramshorn im Polizeidienst des Landes beschäftigt gewesen war und ob der Regierung sein Vorleben sowie sein derzeitiger Verbleib bekannt seien<sup>137</sup>. Die Kommunisten, die Ramshorn offenkundig nie aus dem Blick verloren hatten, wollten so auf sein fortgesetztes – in ihrer Diktion – „konterrevolutionäres“ Tun hinweisen. Die Regierung bestritt jegliche Mitwisserschaft<sup>138</sup>. Tatsächlich aber war das Ministerium über Ramshorns Verbleib genau im Bilde: 1926 eröffnete die Ortsgruppe Waren (Müritz) des Natio-

<sup>132</sup> Ebenda, Urteil des Landgerichts Neustrelitz in der Strafsache gegen den Hauptmann a. D. Ramshorn, 24. 10. 1925.

<sup>133</sup> GSTA PK, I. HA Rep. 77, PA Nr. 2097, Fragebogen zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, 24. 6. 1933; Vgl. Campbell, SA Generals, S. 24 ff.

<sup>134</sup> Vgl. ebenda, S. 14.

<sup>135</sup> GSTA PK, I. HA Rep. 77, PA Nr. 2097, Lebenslauf v. 22. 3. 1933.

<sup>136</sup> Vgl. Verhandlungen des Reichstags. III. Wahlperiode 1924, Bd. 388, Berlin 1926, S. 5118 f.; Gumbel, Verschwörer, S. 99; Sauer, Schwarze Reichswehr, S. 304 ff.

<sup>137</sup> LHAS, 4.12-3/1 Mecklenburg-Strelitzches Ministerium, Abt. des Innern Nr. 827, Kleine Anfrage der Abg[eordneten] Erich Schmidt (N[eu]b[ran]d[en]b[ur]g) und Gen[ossen], 23. 7. 1926.

<sup>138</sup> Ebenda, Mecklenburg-Strelitzches Staatsministerium an den Landtagspräsidenten, 14. 9. 1926.



nalverbandes Deutscher Offiziere im Zusammenhang mit seiner Homosexualität ein Ehrengerichtsverfahren gegen Ramshorn, über das die Behörden informiert waren<sup>139</sup>. Die parlamentarische Anfrage und das Ehrengerichtsverfahren zeigten, dass die Voraussetzungen für ein weiteres konspiratives Wirken in Mecklenburg schwanden. Als auch noch Gut Zibühl in wirtschaftliche Schwierigkeiten geriet, verließ Ramshorn das Land. Im Jahr 1927 ließ er sich in Breslau, dem Wohnort seiner Eltern, nieder, wo er zunächst als Versicherungsagent arbeitete<sup>140</sup>.

### Vom SA-Führer zum Polizeipräsidenten

Ramshorns Aktivitäten in den folgenden Jahren liegen weitgehend im Dunkeln. Informationen finden sich erst wieder seit 1931; sie belegen zum einen sein berufliches Scheitern im Zeichen der Wirtschaftskrise<sup>141</sup>, zum anderen seinen Beitritt zu NSDAP und SA am 1. Januar 1931. Ramshorn profitierte davon, dass sich die NSDAP nun, nachdem sie sich als dominante rechtsradikale Kraft durchgesetzt hatte, für die Anhänger der völkischen Splitterparteien öffnete<sup>142</sup>. Der Zeitpunkt seines Eintritts hätte für seine weitere Karriere kaum günstiger sein können. Die Krisenphänomene der frühen 1930er Jahre bescherten den Nationalsozialisten nicht nur überraschende Wahlerfolge, sondern auch einen enormen Zulauf an Mitgliedern. Um sie organisatorisch zu integrieren, benötigten die Nationalsozialisten „Spezialisten“<sup>143</sup> aus dem völkisch-paramilitärischen Milieu, insbesondere für die expandierende SA. Zu Ramshorns Vorteil wirkten sich aber nicht nur seine einschlägigen militärischen und paramilitärischen Erfahrungen aus, sondern auch die sich Anfang 1931 verändernde Machtverteilung innerhalb der SA.

Ramshorns zeitweiliger Weggefährte Walter Stennes war inzwischen zum Führer der ostdeutschen SA aufgestiegen. In den Augen dieses machtbewussten Gewaltmenschen trug die SA die Hauptlast des politischen Kampfes und stellte mithin die „Speerspitze der Revolution“<sup>144</sup>. Deswegen beanspruchte er für die SA und ihre Führerschaft eine politische wie auch eine materielle Vorrangstellung gegenüber der NSDAP. Nachdem Stennes' Forderungen in der Parteispitze kein Gehör gefunden hatten, sorgte er dafür, dass sich die Berliner SA offen gegen die Partei stellte<sup>145</sup>. Konnte diese erste Stennes-Krise Anfang September 1930 gerade noch bewältigt werden, so brachen die Konflikte kaum ein halbes Jahr später er-

<sup>139</sup> Ebenda, Major a. D. Röhrich an das Mecklenburg-Strelitzsche Staatsministerium, 17. 2. 1926 u. 9. 3. 1926, Mecklenburg-Strelitzches Ministerium, Abt. des Innern, an Major a. D. Röhrich, 11. 3. 1926.

<sup>140</sup> GSTA PK, I. HA Rep. 77, PA Nr. 2097, Lebenslauf v. 22. 3. 1933.

<sup>141</sup> STAO, Rep. 430, Dez. 201 Akz. 11/57 II Nr. 219, Antrag auf Notstandsbeihilfe, 22. 4. 1931.

<sup>142</sup> Vgl. Bessel, *Political Violence*, S. 22 f.; Helmut Neubach, Helmut Brückner, Gauleiter von Schlesien 1925–1934, in: Wolfgang Irgang/Hubert Unverricht (Hrsg.), *Opuscula Silesiaca. Festschrift für Josef Joachim Menzel zum 65. Geburtstag*, Stuttgart 1998, S. 785.

<sup>143</sup> Vgl. Campbell, *SA Generals*, S. 29–117.

<sup>144</sup> Sauer, Goebbels' Rabauken, in: Schaper (Hrsg.), *Berlin in Geschichte und Gegenwart*, S. 128.

<sup>145</sup> Vgl. Peter Longerich, *Die braunen Bataillone. Geschichte der SA*, München 1989, S. 102 ff.; Sven Reichardt, *Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen*

neut aus. Um die unberechenbare SA unter Kontrolle zu bekommen, hatte Hitler inzwischen den bayerischen Hauptmann a. D. Ernst Röhm mit ihrer Führung betraut<sup>146</sup>. Der als exzellenter Organisator geltende neue Stabschef ergriff umgehend Maßnahmen, den Aufbau der SA effizienter zu gestalten, die Stennes wiederum als Angriff auf seine Machtstellung betrachtete. Heftige interne Auseinandersetzungen waren die Folge, zwischenzeitlich drohte sogar die Spaltung, die Röhm aber nicht zuletzt mittels einer geschickten Personalpolitik verhindern konnte<sup>147</sup>. Im April 1931 setzte er Stennes und dessen Gefolgsleute in der Führung der ostelbischen SA handstreichartig ab und „belehnte“ Männer, die ihm treu ergeben waren, mit den vakanten Kommandos<sup>148</sup>. So wurde die als besonders schlagkräftig geltende schlesische SA im Juni 1931 Edmund Heines unterstellt, einem Weggefährten Röhm schon aus Münchener Zeiten. Sein Lebenslauf verzeichnete die markanten Stationen einer völkischen Karriere: Weltkriegsleutnant, Freikorps, Putschist, Fememörder<sup>149</sup>. Gemeinsam mit Ramshorn hatte Heines im Herbst 1919 am Marsch der „Roßbacher“ auf Riga und den anschließenden Kämpfen teilgenommen. Beide waren homosexuell. Dieser Verbindungen erinnerte sich Heines, als er seinem alten Freikorpskameraden im Sommer 1931 das Kommando über die SA-Standarte 11 in Breslau übertrug<sup>150</sup>. Ramshorn profitierte also davon, dass sich Röhm spezielle Freunde, unter ihnen insbesondere eine Seilschaft ehemaliger „Roßbacher“, zahlreiche Führungspositionen in der SA sicherten<sup>151</sup>. In den folgenden Jahren wurde Ramshorn zu Heines' wichtigstem Gefolgsmann in Schlesien. Mit ihrer „ausgesprochenen Cliqueswirtschaft“<sup>152</sup> machten sie sich viele Feinde, vor allem in der SS.

Um sich innerhalb der potentiell aufsässigen schlesischen SA von Beginn an Respekt zu verschaffen, pflegte Ramshorn ebenso wie Heines das Image des „Haudegens“<sup>153</sup>. Geschmückt mit beiden Eisernen Kreuzen, seinem Verwunde-

---

Squadristen und in der deutschen SA, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 165 ff.; Sauer, Goebbels' Rabauken, in: Schaper (Hrsg.), Berlin in Geschichte und Gegenwart, S. 121 f.

<sup>146</sup> Zu Röhm vgl. Eleanor Hancock, Ernst Röhm. Hitler's SA Chief of Staff, New York 2008.

<sup>147</sup> Vgl. Longerich, Die braunen Bataillone, S. 111; Reichardt, Kampfbünde, S. 170 ff.; Sauer, Goebbels' Rabauken, in: Schaper (Hrsg.), Berlin in Geschichte und Gegenwart, S. 128 f.

<sup>148</sup> Vgl. Bessel, Political Violence, S. 63 ff.

<sup>149</sup> Vgl. ebenda, S. 42; Sauer, Schwarze Reichswehr, S. 27.

<sup>150</sup> Zwar ist Burkhard Jellonek, Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung von Homosexuellen im Dritten Reich, Paderborn 1990, S. 86, darin zuzustimmen, dass Homosexualität nicht unbedingt das „ausschlaggebende Entreebillet für eine Karriere in der SA-Führerschicht“ war. Zweifellos handelte es sich aber neben den einschlägigen Kontakten im völkisch-paramilitärischen Submilieu um einen der wesentlichen Faktoren der Netzwerkbildung. So ist es gewiss kein Zufall, dass mit Hans Hayn und Hans Koch zwei weitere exponierte SA-Führer in Schlesien homosexuell waren. Vgl. Bessel, Political Violence, S. 61; Reichardt, Kampfbünde, S. 678 f.; Wahl, Männerbünde, S. 222.

<sup>151</sup> Vgl. Sauer, Goebbels' Rabauken, in: Schaper (Hrsg.), Berlin in Geschichte und Gegenwart, S. 129 f.; Hancock, Röhm, S. 109; Hans Rudolf Wahl, National-Päderasten? Zur Geschichte der (Berliner) SA-Führung 1925–1934, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 56 (2008), S. 448 f.

<sup>152</sup> STAO, Rep 945, Akz. 2001/054 Nr. 94, Aussage Udo v. Woysch, 30. 1. 1950.

<sup>153</sup> Vgl. Reichardt, Kampfbünde, S. 172 f.

tenabzeichen sowie den Freikorpsauszeichnungen, inszenierte er sich als hochdekoriertes, schwer verwundeter Weltkriegs- und Freikorpsveteran. Zu seinem Erkennungszeichen wurde vor allem sein „unvermeidlicher Fridericus-Krückstock“<sup>154</sup>, der als Remineszenz an den Soldatenkult der SA seine schweren Verwundungen nochmals öffentlich unterstreichen sollte<sup>155</sup>. Offenkundig war Ramshorn in der SA in seinem Element: Der NS-Kampfbund lieferte ihm nach Jahren der prekären Existenz wieder einen festen Standpunkt und einen Lebensinhalt. Die Nachahmung der mythisch überhöhten Frontgemeinschaft, der politische Kampf und der exzessive Gewaltkult der SA boten Ramshorn die Möglichkeit, wieder ein Leben nach seinen Vorstellungen zu führen<sup>156</sup>. Zudem konnte er innerhalb der SA – unter der Führung Röhm's und gerade auch in Schlesien – seine Homosexualität weitgehend unbeanstandet ausleben<sup>157</sup>.

Ramshorns Aufstieg in der SA verlief entsprechend rasch. Nachdem die schlesische SA-Führerschaft Mitte Juni 1932 im Schloss des Grafen Yorck von Wartenburg in Klein-Öls mit dem Stabschef Röhm die Strategie für den kommenden Reichstagswahlkampf abgestimmt und wichtige Personalentscheidungen gefällt hatte, wurde er zum SA-Oberführer befördert und mit der Führung der SA-Untergruppe Oberschlesien betraut<sup>158</sup>. Da die Reichswehr seit Ende 1931 erneut versuchte, in Zusammenarbeit mit den Wehrverbänden der radikalen Rechten unter dem Deckmantel des Grenzschutzes in Oberschlesien illegale paramilitärische Einheiten aufzustellen<sup>159</sup>, war Ramshorn in Anbetracht seines einschlägigen Erfahrungsschatzes für diese Aufgabe prädestiniert. Am 1. Juli 1932, mitten im „Wahlkrieg“<sup>160</sup>, trat er seinen neuen Posten in Oppeln an. Als „Führer der ober-

<sup>154</sup> Klaus Gundelach u. a., Vom Kampf und Sieg der schlesischen SA. Ein Ehrenbuch, Breslau 1933, S. 136; STAO, Rep 945, Akz. 54/1987 Nr. 453, Willy Otto an OstA Osnabrück, 20. 4. 1957.

<sup>155</sup> Zum Soldaten- und Opferkult der SA vgl. Reichardt, Kampfbünde, S. 548–575; Daniel Siemens, Horst Wessel. Tod und Verklärung eines Nationalsozialisten, München 2009, S. 129 ff.

<sup>156</sup> Zum „Kampfbundinnenleben“ der SA vgl. Reichardt, Kampfbünde, S. 390–504.

<sup>157</sup> Vgl. Jellonek, Homosexuelle, S. 86. Die Bedeutung der Homosexualität innerhalb der SA ist zuletzt erneut kontrovers diskutiert worden. Vieles spricht dafür, dass die Attraktivität der SA auch aus den Möglichkeiten erwuchs, die sie für ein homosexuelles Leben bereithielt. Zweifelhaft ist es hingegen, den Lebensstil der SA in die partiell homophile Tradition der bürgerlichen Reformbewegungen einzuordnen. Der maßgebliche Erfahrungsraum der SA-Führer war nicht die bündische Jugend, sondern Militär, Front und Freikorps. Vgl. Reichardt, Kampfbünde, S. 679; Wahl, Männerbünde, S. 234 f.; Sven Reichardt, Homosexualität und SA-Führer. Plädoyer für eine Diskursgeschichte, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 52 (2004), S. 737–740; Wahl, National-Päderasten?, S. 455 ff.

<sup>158</sup> Vgl. Gundelach, Vom Kampf und Sieg, S. 148 f.; dazu auch Stephan Malinowski/Sven Reichardt, Die Reihen fest geschlossen? Adlige im Führerkorps der SA bis 1934, in: Eckart Conze/Monika Wienfort (Hrsg.), Adelsgeschichte als Gesellschaftsgeschichte. Deutschland im europäischen Vergleich im 19. und 20. Jahrhundert, Köln/Weimar/Wien 2004, S. 139.

<sup>159</sup> Vgl. Bessel, Political Violence, S. 73; Nakata, Grenz- und Landesschutz, S. 345 ff.; Bergien, Staat im Staate?, S. 658 f.

<sup>160</sup> Vgl. Dirk Blasius, Weimars Ende. Bürgerkrieg und Politik 1930–1933, Göttingen 2005, S. 55 ff.; Gotthard Jasper, Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930–1934, Frankfurt a. M. 1986, S. 92 f.

schlesischen SA<sup>4</sup> unterstanden ihm nun mehr als 6.500 SA-Männer, die weitaus meisten von ihnen arbeitslos<sup>161</sup>. Für die SA-Untergruppe Oberschlesien waren zwei Merkmale charakteristisch: Zum einen rekrutierte sie sich gemäß der Sozialstruktur der Provinz in einem für SA-Verhältnisse überdurchschnittlichen Maße aus den Reihen der Arbeiterschaft und pflegte einen entsprechend proletarischen Stil. Zum anderen führte sie ihre Tradition explizit auf die Freikorps zurück, die in den frühen 1920er Jahren gegen polnische Insurgenten gekämpft hatten. Als Gründer der SA in Oberschlesien galt der einarmige Freikorpshauptmann Peter von Heydebreck, der als Erstürmer des Annabergs zum Mythos überhöht wurde<sup>162</sup>. Vor dem Hintergrund des Nationalitätenkonflikts gehörten aggressive antislawische Ressentiments zur Grundausrüstung oberschlesischer SA-Männer. Geprägt durch Ostfront, Grenzschutz Ost und Baltikum waren Ramshorn derartige Orientierungen alles andere als fremd.

Trotz des Aktivismus der SA blieb die NSDAP im oberschlesischen Wahlkreis Oppeln, einer traditionellen Zentrumshochburg, im Juli 1932 mit 29,2 Prozent der Stimmen deutlich hinter den Ergebnissen im übrigen Schlesien und im Reich zurück<sup>163</sup>. Dennoch steigerte der Wahlerfolg Selbstbewusstsein und Siegeszuversicht der SA ins Unermessliche. Die ersehnte Macht und somit auch der mit Ungeduld erwartete Tag der Abrechnung schienen nah. Daher forderten die Nationalsozialisten Staat und Regierung in den ersten Augusttagen offen heraus und demonstrierten gleichzeitig, was von ihnen im Falle einer Machtergreifung zu erwarten war: Die SA überzog Deutschland mit einer Terrorwelle, deren Schwerpunkt vor allem in den Ostprovinzen lag<sup>164</sup>. In Oberschlesien beanspruchte die NS-Parteiarmee unumwunden die Herrschaft über den öffentlichen Raum und suchte geradezu die Konfrontation mit der Staatsmacht. Vor allem Terroranschläge auf politische Gegner markierten im August 1932 einen Qualitätssprung in der SA-Gewalt, da es sich nicht mehr nur um spontane, sondern um geplante Aktionen handelte, die auf direkten Befehl der SA-Führer erfolgten. Da sowohl Heines als auch Ramshorn entschieden eine Strategie der Eskalation befürworteten und ihre Untergebenen dementsprechend zu ausgesprochener Aggressivität anhielten, wurde Schlesien zu einem der Zentren des SA-Terrors<sup>165</sup>.

Insgesamt verzeichnete das Regierungspräsidium Oppeln für die Provinz Oberschlesien im Zeitraum zwischen dem 1. August und dem 23. August 37 Ter-

<sup>161</sup> Vgl. Gundelach, *Vom Kampf und Sieg*, S. 105; Bessel, *Political Violence*, S. 29 u. S. 43 f.

<sup>162</sup> Vgl. Gundelach, *Vom Kampf und Sieg*, S. 47 f.; Bessel, *Political Violence*, S. 17; Helmut Neubach, *Vom Freikorps zur SA. Peter von Heydebreck und seine Erinnerungen „Wir Wehr-Wölfe“*, in: *Oberschlesisches Jahrbuch* 20 (2004), S. 125–149; Juliane Haubold-Stolle, *Mythos Oberschlesien. Der Kampf um die Erinnerung in Deutschland und in Polen 1919–1956*, Osnabrück 2008, S. 117 ff. u. S. 268 ff.

<sup>163</sup> Vgl. Konrad Fuchs, *Die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen der schlesischen Verwaltung von 1815–1945*, in: Gerd Heinrich/Friedrich-Wilhelm Henning/Kurt G.A. Jeserich (Hrsg.), *Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815–1945. Organisation – Aufgaben – Leistungen der Verwaltung*, Stuttgart u. a. 1992, S. 982 f.; Guido Hitze, *Carl Ulitzka (1873–1953) oder Oberschlesien zwischen den Weltkriegen*, Düsseldorf 2002, S. 1090.

<sup>164</sup> Vgl. Bessel, *Political Violence*, S. 89 ff.; Blasius, *Weimars Ende*, S. 81 ff.

<sup>165</sup> Vgl. Richard Bessel, *The Potema Murder*, in: *Central European History* 10 (1977), S. 243.

rorakte, drei Viertel davon in den ersten zwölf Tagen des Monats<sup>166</sup>. Die Anschläge richteten sich gegen das gesamte Spektrum des SA-Feindbildensembles, in erster Linie gegen „Bolschewisten“ und Juden, aber auch gegen „Zentrumsbonzen“ und exponierte Vertreter der polnischen Bevölkerung. Zumeist handelte es sich um nächtliche Attacken mit Handgranaten oder kleineren Sprengkörpern, seltener auch mit Schusswaffen, bei denen meist nicht mehr entstand als Sachschaden. Ursächlich dafür war aber weniger die Zurückhaltung der Attentäter, sondern – neben deren Dilettantismus – vor allem der Zufall<sup>167</sup>. Die Gewalt der oberschlesischen SA-Männer in den ersten Augusttagen 1932 war potentiell tödlich und forderte tatsächlich auch zwei Todesopfer: am 6. August, als ein Reichsbannerangehöriger bei Leobschütz regelrecht hingerichtet wurde<sup>168</sup>, und in den frühen Morgenstunden des 10. August 1932, als im Bergarbeiterdorf Potempa Konrad Pietrzuch in grausamer Weise zu Tode geprügelt wurde<sup>169</sup>.

Das Mordopfer war zum einen ein ortsbekannter Sympathisant der KPD, zum anderen – wie 85 Prozent der Einwohner von Potempa – Pole und vereinte somit Merkmale, die ihn bei oberschlesischen SA-Männern besonders verhasst machten. Doch ging es nicht allein um politische Motive, hinzu traten private Konflikte<sup>170</sup>. Die lokale Gemengelage aus Bolschewistenhass, Polenfurcht und Nachbarschaftsstreit entschied jedoch nur über die konkrete Ausführung der Gewalttat. Die Voraussetzungen hatten die SA-Führer Heines und Ramshorn geschaffen, indem sie unmissverständlich signalisiert hatten, dass sie nach der Reichstagswahl tödlichen Terror wünschten. Während des Prozesses gegen die Potempa-Mörder vor dem Sondergericht Beuthen vom 19. bis 22. August 1932 waren die schlesischen SA-Führer von Anfang bis Ende anwesend. Als die Mutter des Opfers nach ihrer Aussage zusammenbrach, stellte sich diese Szenerie aus Sicht eines kommunistischen Beobachters wie folgt dar:

„Zwei Meter hinter ihr [Maria Pietrzuch] sitzen acht Herren. Sie feixen übers ganze Gesicht. Sie haben hohe steife Kragen an. Ihr Haar glänzt von Pomade. Am linken Arm von zweien klirren leise goldene Armbänder. Wer sind diese Herren? Die Herren sind Führer der SA und NSDAP von Schlesien.“<sup>171</sup>

Heines und Ramshorn verhöhnten nicht nur Opfer und Hinterbliebene bzw. stärkten den Angeklagten den Rücken, sie bekannten sich auf diese Weise auch symbolisch zu ihrer Verantwortung. Das Sondergericht Beuthen verhandelte jedoch nur über die direkten Tatbeteiligten, die von den „Hausjuristen“ der

<sup>166</sup> GSTA PK, I. HA Rep. 77, Tit. 4043 Nr. 152, Zusammenstellung der seit dem 1.8.1932 in der Provinz Oberschlesien vorgekommenen Sprengstoff- und Handgranatentatate, o. D. (dem MdI am 2.9.1932 übersandt).

<sup>167</sup> Ebenda, Regierungspräsidium Oppeln an MdI, 10.8.1932.

<sup>168</sup> Ebenda, Regierungspräsidium Oppeln an MdI, 8.9.1932.

<sup>169</sup> Vgl. Paul Kluge, Der Fall Potempa, in: VfZ 5 (1957), S. 279–297; Bessel, Potempa.

<sup>170</sup> Vgl. Bessel, Potempa, S. 245 f.

<sup>171</sup> Rote Hilfe (Hrsg.), Der Schuldige. Die Mordnacht von Potempa, Berlin 1932, S. 1.

Rechten, Walter Luetgebrune und Alfons Sack, verteidigt wurden<sup>172</sup>. Ungeachtet dieser prominenten Unterstützung wurden fünf Angeklagte auf der Grundlage einer neuen Notverordnung gegen politische Gewaltkriminalität zum Tode verurteilt<sup>173</sup>. In Beuthen brachen nach der Urteilsverkündung schwere Unruhen aus. Im Anschluss an eine Rede von Heines, der das Urteil zum Fanal erklärte, probten Hunderte SA-Männer in der Stadt den Bürgerkrieg<sup>174</sup>. Nicht nur die nationalsozialistische Basis solidarisierte sich mit den rechtskräftig verurteilten Mördern, auch die Spitze der NS-Bewegung bekannte sich zu ihnen. Die folgende Kampagne gegen die Regierung Papen, die vor allem den Frust über die kurz zuvor gescheiterte Regierungsbeteiligung kanalisierte, war schließlich erfolgreich: Die Todesstrafen wurden Anfang September in lebenslängliche Freiheitsstrafen umgewandelt<sup>175</sup>.

Trotz dieses Erfolgs geriet die NS-Bewegung im Herbst 1932 in eine tiefe Krise, da die eigentliche politische Macht im Deutschen Reich weiter außerhalb ihrer Reichweite blieb. Die Reichstagswahl am 6. November bedeutete mit empfindlichen Stimmeneinbußen einen Rückschlag, der für Ramshorn jedoch weniger herb ausfiel, da er selbst als einer von zwei Abgeordneten der NSDAP im Wahlkreis Oppeln in den Reichstag einziehen konnte<sup>176</sup>. Dies machte aus ihm jedoch keineswegs einen Befürworter parlamentarischer Politik. Im Gegenteil gehörte er, tief verwurzelt in der Gewaltkultur des paramilitärischen Submilieus, weiterhin zu den entschiedensten Vertretern eines radikalen Kurses. Ende 1932 forcierte die schlesische SA ihre Vorbereitungen zur Machtübernahme und stellte neue Formationen auf, die nur notdürftig getarnt eine militärische Ausbildung erhielten. Basis dieser SA-Einheiten waren weiterhin vor allem die Landgüter, mit deren Besitzern die SA schon zuvor eng kooperiert hatte<sup>177</sup>. Die verantwortlichen SA-Führer in Schlesien ließen keinen Zweifel daran aufkommen, dass sie auch zukünftig in Terror und Gewalt den einzig aussichtsreichen Weg zur Macht erblickten. So wurde Ramshorn in einem Bericht des Regierungspräsidiums Oppeln vom 3. Januar 1933 mit den Worten zitiert, das Dritte Reich könne nicht mit Wahlen, sondern nur mit Blutvergießen erreicht werden<sup>178</sup>.

Obwohl kurze Zeit später die Machtübertragung auf die Nationalsozialisten zunächst friedlich erfolgte, blieben die Gewaltgelüste der SA und ihrer Führer nicht unbefriedigt. Die Macht vor Ort musste schließlich noch erkämpft werden. Nachdem Ramshorn am Abend des 31. Januar 1933 in Oppeln einen Fackelzug von 1.400 Nationalsozialisten angeführt hatte<sup>179</sup>, kam es bereits im Februar zu

<sup>172</sup> Vgl. Sabrow, Rathenaumord, S. 124.

<sup>173</sup> Urteil des Sondergerichts Beuthen in der Strafsache gegen den Elektriker Reinhold Kotisch u. a., 22.8.1932 (Abschrift vom 12.9.1932), in: Kluge, Fall Potempa, S. 286–297.

<sup>174</sup> Vgl. Gundelach, Vom Kampf und Sieg, S. 157 f.; Bessel, Potempa, S. 250 f.

<sup>175</sup> Vgl. Kluge, Fall Potempa, S. 283 ff.; Bessel, Potempa, S. 252; Blasius, Weimars Ende, S. 89 ff.

<sup>176</sup> Vgl. Helmut Neubach, Die Reichstagswahl am 6. November 1932 und die Vertreter Oberschlesiens im 7. Reichstag, in: Oberschlesisches Jahrbuch 2 (1986), S. 96.

<sup>177</sup> Vgl. Bessel, Political Violence, S. 95; Malinowski/Reichardt, Die Reihen fest geschlossen?, in: Conze/Wienfort (Hrsg.), Adelsgeschichte als Gesellschaftsgeschichte, S. 138 f.

<sup>178</sup> Bessel, Political Violence, S. 95.

<sup>179</sup> Vgl. ebenda, S. 99.

massiven Übergriffen gegen Sozialdemokraten und Kommunisten, verstärkt auch gegen das Zentrum und dessen Kreuzscharen, die sich dann nach dem Reichstagsbrand und der Reichstagswahl vom 5. März 1933 weiter verschärfen. So wurde der oberschlesische Zentrumsvorsitzende Carl Ulitzka am 9. März in Gleiwitz vom SA-Mob als „Polenkönig“ und „Schweinehund“ beschimpft und mit einem Gummiknüppel geprügelt<sup>180</sup>. Allein in den ersten beiden Märzwochen wurden in Oberschlesien auf maßgebliche Initiative der zur Hilfspolizei aufgestiegenen SA 364 kommunistische Funktionäre verhaftet; viele von ihnen wurden misshandelt und gefoltert<sup>181</sup>. Seit Mitte März zählten auch Juden verstärkt zu Opfern der SA-Gewalt; Ende des Monats zogen vor jüdischen Geschäften in Gleiwitz SA-Posten auf, die „Kaufwillige beim Betreten der Läden durch Aufklärung“ abhalten sollten<sup>182</sup>. Solche lokalen Initiativen führten schließlich dazu, dass die nationalsozialistische Führung dem Druck der Basis nachgab und am 1. April 1933 einen reichsweiten Boykott jüdischer Geschäfte verhängte<sup>183</sup>.

Ramshorn und anderen regionalen NS-Größen ging es im Frühjahr 1933 keineswegs nur um blutige Abrechnung, sie wollten auch einflussreiche Posten im Staatsapparat. So beschwerte sich Ramshorn im März 1933 darüber, dass die notwendige Kooperation zwischen SA und Polizei durch die Polizeiführung behindert werde und forderte, zuverlässige Nationalsozialisten als Polizeipräsidenten einzusetzen<sup>184</sup>. Auch Gauleiter Helmuth Brückner erklärte öffentlich, er könne es „nicht dulden, daß irgendwo sich noch ein Verantwortlicher der letzten 14 Jahre herumtreiben darf in machtvoller Stellung“<sup>185</sup>. Kurz darauf übernahmen Nationalsozialisten die schlesische Exekutive: Am 25. März wurde Brückner selbst zum Oberpräsidenten, die SA-Führer Heines und Metz zu Polizeipräsidenten in Breslau und in Oppeln ernannt. Noch am selben Tag wurde Ramshorn zum kommissarischen Polizeipräsidenten von Gleiwitz; exakt zehn Jahre nach seinem erzwungenen Abschied kehrte er nun in den Polizeidienst zurück<sup>186</sup>. Nachdem er jahrelang nach Kräften versucht hatte, die öffentliche Ordnung zu erschüttern, war er nun für die Sicherheit in den Städten Gleiwitz, Beuthen und Hindenburg, also für über 400.000 Menschen zuständig. Er verfügte mit rund 2.300 Beamten über den viertgrößten Personalbestand aller preußischen Polizeiverwaltungen<sup>187</sup>.

Ramshorns Machtstellung in Oberschlesien blieb jedoch eingeschränkt, denn er war als einziger ostdeutscher SA-Führer von Rang nicht zum Sonderkommissar

<sup>180</sup> Vgl. ebenda, S. 109 f.; Helmut Neubach, Der Sieg der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei bei der Reichstagswahl am 5. März 1933 in Oberschlesien, in: Oberschlesisches Jahrbuch 3 (1987), S. 179 ff.; Hitze, Ulitzka, S. 1098 f.

<sup>181</sup> Vgl. Bessel, *Political Violence*, S. 103.

<sup>182</sup> *Germania* vom 29. 3. 1933, zit. nach Neubach, *Sieg*, S. 190; Bessel, *Political Violence*, S. 105 ff.

<sup>183</sup> Vgl. Michael Wildt, *Geschichte des Nationalsozialismus*, Göttingen 2008, S. 79 f.

<sup>184</sup> Vgl. Bessel, *Political Violence*, S. 115.

<sup>185</sup> Neubach, Brückner, in: *Irgang/Unverricht* (Hrsg.), *Opuscula Silesiaca*, S. 789.

<sup>186</sup> *GSTA PK, I. HA Rep. 77, PA Nr. 2097, MdI an den Preußischen Ministerpräsidenten und die übrigen Kommissare des Reiches*, 25. 3. 1933; vgl. auch Bessel, *Political Violence*, S. 115.

<sup>187</sup> Vgl. Preußisches Ministerium des Innern (Hrsg.), *Wegweiser durch die Polizei* 51931, in: *Sammlung der Drucksachen des Preußischen Landtags (Anlagen zu den Sitzungsberichten)*. 3. Wahlperiode, 10. Band, Drucksache 5928, Berlin 1931, S. 5992 f.

des Reiches ernannt worden. Den Vorzug hatte der SS-Führer Udo von Woysch erhalten<sup>188</sup>. Selbst in ihrer Hochburg Schlesien musste die SA-Führung ihre Macht mit der konkurrierenden SS teilen. Zudem erodierte die Macht, die Ramshorn und Heines als Polizeipräsidenten in den Händen zu halten glaubten, bereits seit Sommer 1933. So verloren die Polizeipräsidenten zunächst ihren Zugriff auf die geschlossenen Formationen der Bereitschaftspolizei, die durch einen Erlass vom 7. Juli 1933 unter das Kommando der bereits Ende März eingerichteten Landespolizeiinspektionen traten<sup>189</sup>. Der schlagkräftigste Teil der Polizei unterstand somit mittelbar dem preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring, also einem der schärfsten Kontrahenten der SA. Zu deren Schwächung trug zudem die Auflösung der Hilfspolizei im August 1933 bei, mit der die SA nachhaltig an Einfluss auf die Exekutive verlor. Die SA befand sich im Sommer 1933 also nur scheinbar auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Tatsächlich konnte sich die NS-Parteiarmee nicht als zentraler Machtfaktor im NS-Staat etablieren<sup>190</sup>. Dazu fehlte es den SA-Polizeipräsidenten erstens am umfassenden Zugriff auf die Machtressourcen der Polizei. Zweitens erwies sich die SA mit ihrem Hass auf das „satte Spieß- Pack“<sup>191</sup> und ihrer Forderung, die „nationale Revolution“ fortzusetzen, als ausgesprochen hinderlich für ein dauerhaftes Arrangement Hitlers mit den konservativen Eliten. Drittens versteifte sich der Widerstand der Reichswehr gegen den Anspruch der SA, sich als eigenständiger Waffenträger zu etablieren.

Ende 1933 spitzte sich die Situation zwischen SA und Reichswehr zu, nachdem der SA-Chef Röhm nun auch die Kontrolle über die Einheiten des Grenzschutzes forderte. Die Reichswehr erblickte darin den Versuch, das militärische Potential der SA auszuweiten, und sah sich letztlich in ihrer Existenz bedroht. Einer der SA-Führer, an denen sich die Reichswehr in der Grenzschutzfrage besonders rieb, war Ramshorn, mit dem es schon länger Konflikte gab. Ramshorn versuchte hartnäckig, eigenständige SA-Grenzschutzformationen durchzusetzen und klagte dabei lautstark über die aus seiner Sicht reaktionären Offiziere<sup>192</sup>. Als es zu keiner Einigung kam, verselbständigten sich die militärischen Ambitionen der schlesischen SA, die damit begann, in Gestalt sogenannter Hilfswerklager eigenständige SA-Kasernen einzurichten<sup>193</sup>. Sowohl SA als auch Reichswehr hatten die jeweils andere Seite im Verdacht, einen militärischen Schlag vorzubereiten, trafen ihrerseits Maßnahmen zu dessen Abwehr und nährten so wiederum den Verdacht

<sup>188</sup> Vgl. Bessel, *Political Violence*, S. 114; Neubach, Brückner, in: Irgang/Unverricht (Hrsg.), *Opuscula Silesiaca*, S. 788 f.

<sup>189</sup> Landesarchiv Nordrhein Westfalen – Abteilung Westfalen Münster, Regierung Arnberg 14711, Erl. MdI v. 7. 7. 1933, sowie die Ausführungsbestimmungen zu diesem Erlass v. 9. 8. 1933; vgl. auch Daniel Schmidt, Weichenstellung für das „Dritte Reich“ – Die Landespolizeiinspektion West in Düsseldorf, in: Dams u. a., „Dienst am Volk?“, S. 115–144.

<sup>190</sup> Vgl. Longerich, *Die braunen Bataillone*, S. 187 f.

<sup>191</sup> Gundelach, *Vom Kampf und Sieg*, S. 188.

<sup>192</sup> STAO, Rep. 945, Akz. 2001/054 Nr. 92, Aussage Walter Düvert, 12. 1. 1956; vgl. Bessel, *Political Violence*, S. 73 f.; Nakata, *Grenz- und Landesschutz*, S. 355.

<sup>193</sup> STAO, Rep. 945, Akz. 2001/054 Nr. 92, Aussage Walter Düvert, 12. 1. 1956; ebenda, Nr. 93, Aussage Hans Kohlsdorfer, 26. 4. 1956. Zu den Konflikten zwischen SA und Reichswehr vgl. Bessel, *Political Violence*, S. 130; Longerich, *Die braunen Bataillone*, S. 203 ff.



der Gegenseite. Es war vor allem die SS, die von dieser Spirale des Misstrauens profitierte<sup>194</sup>.

Noch am 28. Juni 1934 fand ein Gespräch zwischen zwei Majoren des schlesischen Reichswehrkommandos und zwei SA-Brigadeführern statt, während der beide Seiten sich gegenseitig der Ehrenhaftigkeit ihrer Absichten versicherten und somit bekräftigten, was ihre jeweiligen Vorgesetzten, Generalleutnant Ewald von Kleist sowie SA-Obergruppenführer Heines, bereits am Vortag besprochen hatten. Um seinen guten Willen unter Beweis zu stellen, beurlaubte Heines einen Teil seiner SA-Männer<sup>195</sup>. Kurz zuvor, am 25. Juni, hatte der Führer des SS-Oberabschnitts Süd-Ost, Udo von Woysch, bei einem konspirativen Treffen mit dem Reichsführer-SS Heinrich Himmler in Berlin die Weisung erhalten, in Schlesien, dem „Herd der Unruhe“<sup>196</sup>, unter allen Umständen für Ruhe und Ordnung zu sorgen und gegebenenfalls eine Reihe von hochrangigen SA-Führern auszuschalten<sup>197</sup>. Nach Schlesien zurückgekehrt, sicherte sich Woysch die Unterstützung der Reichswehr: Generalleutnant von Kleist stimmte dem Plan zu, SS-Einheiten in den Kasernen der Reichswehr zusammenzuziehen und aus deren Beständen zu bewaffnen<sup>198</sup>. Kleist blieb allerdings skeptisch – nach seinem Treffen mit Heines meldete er seinen Verdacht nach Berlin, Reichswehr und SA sollten von dritter Seite gegeneinander ausgespielt werden. Ihm wurde jedoch beschieden, mit der SS zu kooperieren<sup>199</sup>.

Am frühen Morgen des 30. Juni 1934<sup>200</sup> wurde Woysch durch den Gutsbesitzer Ernst Müller, den Gewährsmann des SD in Schlesien, über den Beginn der Aktion gegen die SA informiert. Zunächst sollte er das Polizeipräsidium in Breslau, Heines' Machtzentrum, besetzen. Gemäß seiner Weisungen, präzisiert in einem von Müller übergebenen geheimen Schreiben Heydrichs, übernahm Woysch die Kontrolle über den Polizeiapparat. Er sicherte sich die Unterstützung der Landespolizei und ließ Heines' persönlichen Stab festsetzen, ferner die Angehörigen des SA-Gruppenkommandos, die SA-Stabswache sowie die Besatzungen der SA-

<sup>194</sup> STAO, Rep. 945, Akz. 2001/054 Nr. 93, Schwurgerichtsanklage OStA Osnabrück gegen Udo von Woysch u. a., 21. 4. 1956, S. 29; ebenda, Nr. 94, Aussage Udo v. Woysch, 30. 1. 1950.

<sup>195</sup> Ebenda, Nr. 92, Bericht über die Besprechung in der Kommandantur Schweidnitz zwischen Major Metz und Major Szelinski einerseits und Brigadeführer v. Grolman und Graf Pückler andererseits, 29. 6. 1934 (Abschrift); ebenda, Nr. 94, Aussage Wilhelm Ott, 12. 10. 1949; vgl. Bessel, *Political Violence*, S. 132; Hancock, *Röhm*, S. 156 f.

<sup>196</sup> STAO, Rep 945, Akz. 2001/054 Nr. 94, Aussage Udo v. Woysch, 30. 1. 1950.

<sup>197</sup> Ebenda, Nr. 93, Schwurgerichtsanklage OStA Osnabrück gegen Udo von Woysch u. a., 21. 4. 1956, S. 30; vgl. Bessel, *Political Violence*, S. 13.

<sup>198</sup> STAO, Rep 945, Akz. 2001/054 Nr. 92, Aussage Eduard Metz, 30. 11. 1955 und Aussage Walter Düvert, 12. 1. 1956.

<sup>199</sup> Ebenda, Nr. 93, Schwurgerichtsanklage OStA Osnabrück gegen Udo von Woysch u. a., 21. 4. 1956, S. 27 f.

<sup>200</sup> Zu Vorgesichte und Verlauf des 30. 6. 1934 vgl. Longerich, *Die braunen Bataillone*, S. 206–219. Zu den folgenden Ausführungen vgl. STAO, Rep. 945, Akz. 2001/054 Nr. 93, Schwurgerichtsanklage OStA Osnabrück gegen Udo von Woysch u. a., 21. 4. 1956, S. 34–50; STAO, Rep. 945, Akz. 54/1987 Nr. 57, Urteil des Schwurgerichts Osnabrück in der Strafsache gegen Udo von Woysch u. a., 2. 8. 1957, S. 21–40.

Hilfswerklager. Gleichzeitig begann die SS damit, die Todeskandidaten zu verhaften. Zu ihnen gehörte an oberster Stelle Hans Ramshorn<sup>201</sup>. Unter einem Vorwand wurde er vormittags telefonisch nach Breslau bestellt. In Ohlau erwartete ihn bereits ein SS-Kommando, das seinen Wagen stoppte und ihn verhaftete. Am Nachmittag des 30. Juni wurde er zunächst in den Zellentrakt des Breslauer Polizeipräsidiums eingeliefert, später dann gemeinsam mit anderen Todeskandidaten in ein Dienstgebäude der SS überführt. Dass Ramshorn erschossen werden sollte, stand bereits fest, Ort und Zeit aber waren noch unbestimmt. Zunächst wurden Ramshorn und den anderen SA-Führern „auf Befehl des Führers“ Rangabzeichen und Kragenspiegel abgerissen. Im Laufe des Tages kamen aus Berlin immer dringendere Anfragen, ob es bereits Exekutionen gegeben habe. Nachdem der Führer des SS-Abschnitts VI, SS-Oberführer Theodor Berkelmann, Reinhard Heydrich telefonisch mitgeteilt hatte, er könne aus Rücksicht auf die Öffentlichkeit nicht bei helllichem Tag wahllos an jedem Zaun Leute erschießen, befahl der SD-Chef die Überstellung der Delinquenten nach Berlin. Dies wurde allerdings kurze Zeit später widerrufen. Stattdessen sollten die SA-Führer bei Breslau erschossen werden:

„Zwischen 21 und 22 Uhr des 30. 6. 34 wurden die vorher von einem Beamten der Staatspolizei mit Handschellen gefesselten SA-Führer mit 4 bis 5 geschlossenen Kraftwagen in die Umgebung Breslaus, und zwar in die Wälder von Obernigk/Deutsch-Lissa, gefahren. Dort ließ sie der SS-Obersturmführer Mohr zwischen 2 und 3 Uhr des 1. 7. 34 befehlsgemäß im Scheinwerferlicht der Kraftwagen durch ein SS-Kommando der 16. Standarte erschießen.“<sup>202</sup>

Die Staatspolizeistelle Breslau bescheinigte Ramshorns Tod für den 1. Juli 1934, 3.00 Uhr morgens<sup>203</sup>. Seine Leiche wurde gemeinsam mit den Körpern von sieben anderen SA-Führern in der Nähe des Tatorts verscharrt, wenige Tage später jedoch ausgegraben und in einem Breslauer Krematorium verbrannt<sup>204</sup>.

Am Ende seines Lebens wurde der Täter Hans Ramshorn zum Opfer. Dabei entbehrt es nicht einer gewissen Ironie, dass Ramshorn, der in seinem Leben dreimal – 1919, 1920 und 1923 – tatsächlich geputscht hatte, letztlich unter dem Vorwand der Beteiligung an einem Staatsstreich erschossen wurde, den es faktisch nicht gab. Nach seinem Tod verfiel Ramshorn wie auch andere ermordete SA-

<sup>201</sup> Vgl. Bessel, *Political Violence*, S. 133 ff.; Otto Gritschneider, „Der Führer hat sie zum Tode verurteilt ...“. Hitlers „Röhm-Putsch“-Morde vor Gericht, München 1993, S. 104–113.

<sup>202</sup> STAO, Rep. 945, Akz. 2001/054 Nr. 93, Schwurgerichtsanklage OstA Osnabrück gegen Udo von Woyrsch u. a., 21. 4. 1956, S. 51.

<sup>203</sup> GSTA PK, I. HA Rep. 77, PA Nr. 2097, Bescheinigung der Staatspolizeistelle Breslau, 20. 7. 1934.

<sup>204</sup> STAO, Rep. 945, Akz. 2001/054 Nr. 93, Schwurgerichtsanklage OstA Osnabrück gegen Udo von Woyrsch u. a., 21. 4. 1956, S. 53; STAO, Rep. 945, Akz. 54/1987 Nr. 57, Urteil des Schwurgerichts Osnabrück in der Strafsache gegen Udo von Woyrsch u. a., 2. 8. 1957, S. 41 f.; STAO, Rep. 945, Akz. 54/1987 Nr. 454, Aussage Paul Schreiner, 24. 5. 1956; ebenda, Nr. 453, Willy Otto an OstA Osnabrück, 20. 4. 1957.

Führer der *damnatio memoriae*: Seine SA-Akten wurden vernichtet, sein Name aus dem nationalsozialistischen Führerlexikon gestrichen. Sein Name findet sich zudem weder in Ernst von Salomons Freikorpskämpferbuch von 1938 noch in einer der offiziellen Darstellungen über die Nachkriegskämpfe, obwohl es zum spezifischen Stil dieser Publikationen gehört, die individuellen Beiträge möglichst vieler Offiziere durch namentliche Nennung zu belegen. Ramshorn wird so in gewisser Weise zum Gegenbild Albert Leo Schlageters, mit dessen Leben seine Biographie bis 1923 zahlreiche Parallelen aufweist. Im Gegensatz zu Schlageter, der zum Prototyp des Freikorpsheroen und ersten Märtyrer des Nationalsozialismus stilisiert wurde, geriet der praktizierende Nationalsozialist Ramshorn bereits während des Dritten Reiches in Vergessenheit<sup>205</sup>. Er teilte somit das Schicksal zahlreicher anderer paramilitärischer Renegaten seiner Generation, die sich in den anderthalb Jahrzehnten nach der Kriegsniederlage von 1918 über kurz oder lang auf die Seite des Nationalsozialismus geschlagen und dessen politischen Aufstieg organisiert hatten.

Ehemalige Frontoffiziere wie Gerhard Roßbach, Paul Schulz, Walter Stennes, Edmund Heines, um nur einige der bekanntesten Namen zu nennen, trugen wesentlich dazu bei, der nationalsozialistischen Bewegung ihre Durchschlagskraft zu verleihen. Es gelang ihnen jedoch nicht, ihre eigenen politischen Konzeptionen dauerhaft in das fluide Phänomen Nationalsozialismus einzuschreiben, da ihre Vorstellungen einerseits zu diffus, andererseits jedoch auch zu ausschließlich waren, um sich gegenüber konkurrierenden Ideen durchzusetzen. Dasselbe galt auch für die internen Machtkämpfe; andere Gruppen waren pragmatischer, flexibler und nicht zuletzt Hitler treuer ergeben. Während zunächst Stennes deswegen Röhm unterlag, zeigten sich die Exponenten der Röhm-SA später der SS nicht gewachsen, die sich letztlich als weitaus effizienter erwies. Himmlers elitärer Orden konnte dank seiner strikten Hierarchien, seiner klaren weltanschaulichen Vorgaben und seines Rationalitätspostulats auch emotionale Gewaltmenschen wie Kurt Daluege oder Theodor Eicke integrieren und deren spezielle Talente kanalisieren. SA-Führer vom Schlage Ramshorns jedoch waren nicht in der Lage, sich konsequent ein- und unterzuordnen. Letztlich scheiterten sie an der politischen und mentalen Ambivalenz ihrer paramilitärischen Orientierung, die einerseits entgrenzt war, andererseits aber beschränkt blieb.

<sup>205</sup> Während die offizielle Kriegsgeschichte der Kämpfe im Ruhrgebiet nahezu alle Namen der Kompaniechefs in der 3. Marinebrigade aufführt, bleibt der Führer der MG-Kompanie im Marineregiment 6 ungenannt, obwohl die Einheit häufig auftaucht. Vgl. Salomon, Freikorpskämpfer, S. 402; Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte, Errettung des Ruhrgebiets, u. a. S. 177 f. u. S. 210. Zu Schlageter vgl. Zwicker, „Nationale Märtyrer“.



Oldenbourg  
Verlag

Ein Wissenschaftsverlag der  
Oldenbourg Gruppe

Rüdiger Bergien

## Die bellizistische Republik

*Wehrkonsens und »Wehrhaftmachung«  
in Deutschland 1918–1933*

2012 | 464 Seiten | gebunden | € 59,80  
ISBN 978-3-486-59181-1



**Ordnungssysteme.**  
**Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 35**

Die geheime Aufrüstung der Weimarer Republik basierte auf einem lagerübergreifenden Wehrkonsens. Von den Republikanern in den Krisen der ersten Jahre zunächst als Form des Republiksschutzes mitgetragen, wurde die Unterstützung der »schwarzen Rüstungen« zu einem Element der Weimarer Staatsraison, die auch für die Republikaner verbindlich blieb – selbst dann, als die geheime personelle Rüstung, etwa in Gestalt der Grenzschutzmilizen im preußischen Osten, zur Hochburg eines rechtsradikalen und staatsfeindlichen Paramilitarismus wurde. Der Autor rekonstruiert erstmals die umfassende Unterstützung der Geheimrüstung durch Politik und Verwaltung und belegt die Existenz eines »deep state«, eines durch die zivil-militärische Rüstungskoopeation konstituierten »Tiefenstaats«, der zwar in der republikanischen Ordnung verankert war, aber außerhalb ihrer Normen und Gesetze agierte. Schließlich verortet sie diesen Wehrkonsens in der ideengeschichtlichen Kontinuität bellizistischer, von einem Primat der »Wehrhaftigkeit« ausgehender Denkstile und Deutungsmuster.

Rüdiger Bergien, geboren 1977, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Seine Arbeit wurde mit dem 2. Preis des Werner-Hahlweg-Preises für Militärgeschichte 2010 ausgezeichnet.

Bestellen Sie in Ihrer Fachbuchhandlung  
oder direkt bei uns: Tel: 089/45051-248  
Fax: 089/45051-333 | [verkauf@oldenbourg.de](mailto:verkauf@oldenbourg.de)

[www.oldenbourg-verlag.de](http://www.oldenbourg-verlag.de)